

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 28 Mk. für ein Jahr.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnementspreis: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erstmal täglich.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die jedesmalige Annoncenzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berührungskämpfer 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist jede Zeile 20 Pf. (zweiwöchige Zeilengebühren). Jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Geschäftsverhandlungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 16. Oktober 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die preussischen Städte und das Selbstverwaltungsrecht.

I.

Zu einer Kundgebung gegen die von der Regierung geplanten Attentate auf das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden gestaltete sich die Achte Hauptversammlung des preussischen Städtetages am 6. und 7. Oktober in Breslau. Wir sind wahrlich die letzten, die sich übertriebenen Hoffnungen in bezug auf die Rückgriffsfähigkeit der von Interessentengruppen beherrschten Gemeindevertretungen und -verwaltungen hingeben. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben zur Genüge bewiesen, daß, wenn es sich darum handelt, die Rechte der Arbeiter weiter einzuschränken, die städtischen Vertreter Schulter an Schulter mit den Junkern und dem Zentrum marschieren. Es sei nur erinnert an das Volksschulunterhaltungsgesetz vom Jahre 1906, das durch einen Federstrich den Sozialdemokraten die Mitwirkung an der Verwaltung der Volksschule raubte, und dessen Vater zu sein gerade nationalliberale Abgeordnete sich rühmen, ein Gesetz, dem der gesamte Liberalismus im preussischen Abgeordnetenhaus unbedenklich seine Zustimmung erteilt hat. Wenn man weiter bedenkt, mit welchem Feuereifer die fortschrittlichen Mitglieder des Landtages gegen die Regierung losziehen, wenn mal einem ihrer Parteifreunde die Bestätigung als Magistratsmitglied verweigert wird, während sie sich in eisiges Schweigen zu hüllen pflegen, wenn einem Sozialdemokraten das Gleiche passiert, so wird man uns zugeben, daß es sich für den Liberalismus im großen Ganzen nicht um die Wahrung des Selbstverwaltungsrechts für die Gesamtheit, sondern lediglich um die Wahrung des Selbstverwaltungsrechts der Besitzenden handelt.

Aber trotzdem wird man an der Breslauer Kundgebung nicht unbeachtet vorübergehen dürfen. Wir sind in Preußen so wenig verbohrt, daß uns jede, selbst die bescheidenste Regung des Bürgerstums mit einer gewissen Freude erfüllt als ein Zeichen beginnender Dämmerung und als ein Anfang des Widerstandes gegen die immer mehr um sich greifende Reaktion.

Zwei Fragen waren es, zu denen der preussische Städtetag Stellung zu nehmen hatte: zu den von der Regierung geplanten Änderungen des Kommunalabgabengesetzes und zu dem in den ersten Monaten dieses Jahres veröffentlichten Wohnungsgesetzentwurf. Beide Vorlagen sollen dem Landtage in der kommenden Session unterbreitet werden, und beide enthalten so einschneidende Bestimmungen, daß die Städte in größtmöglicher Weise ihre Pflicht verletzt hätten, wenn sie achlos daran vorübergegangen wären.

Was zunächst das Kommunalabgabengesetz betrifft, so läßt sich nicht bestreiten, daß die Gemeinden bei den immer wachsenden Anforderungen dringender Einnahmequellen bedürfen. Die Steuerzuschläge haben in einer Reihe von Gemeinden eine solche Höhe erreicht, daß sie für die minderbemittelten Schichten der Bevölkerung eine schier unerträgliche Last bedeuten. Wir begrüßen es deshalb, daß der Vorstand des Städtetages sich in seiner Denkschrift an den Finanzminister auf den Standpunkt stellt, daß auch eine Vesteuerung des Vermögens, soweit es nicht von Realsteuern erfaßt wird, zu der logischen Vervollständigung des Gemeindesteuersystems gehört. Das mobile Kapital wird heute nur vom Staat besteuert, und noch dazu so niedrig, daß kommunale Zuschläge zu der Ergänzungssteuer gerechtfertigt sind. Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses hatte bereits bei der Beratung der Novelle zum Einkommensteuer- und Ergänzungssteuergesetz vom Jahre 1908 entsprechende Anträge gestellt, die aber weder bei den bürgerlichen Parteien, noch bei der Regierung auf Gegenliebe stießen. Ebenso sind wir mit dem Vorstand des Städtetages der Ansicht, daß das Steuerprivileg der Beamten, Offiziere, Geistlichen und Lehrer weiter zu beschränken bzw. aufzuheben und daß die Gewerbesteuerfreiheit für die wirtschaftlichen Unternehmungen des Staates zu beseitigen ist. Dagegen können wir uns mit dem Vorschlag der Einführung einer Berufssteuer als Ergänzung der Realsteuern nicht einverstanden erklären. Gegen den weiteren Vorschlag, daß auch das ausländische Vermögen der Einkommensteuer unterworfen und ferner, daß die Möglichkeit geschaffen wird, solche Personen, die sich kürzere Zeit als drei Monate in der Gemeinde aufhalten, zur Gemeindesteuer heranzuziehen, wird sich nichts einwenden lassen. Im Gegenteil, diese beiden Bestimmungen sind dringend notwendig. Insbesondere ist der Zustand unhaltbar, daß Personen, die sich mehrere Wohnsitze leisten können, durch eine zwar geschickte, aber nicht loyale Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen die Möglichkeit haben, die Gemeinde mit höheren Steuerzuschlägen um die Steuer zu betrügen.

Erfreulich ist es, daß der Städtetag einmütig alle Beschränkungen der Gemeindesteuerhoheit im Gebiete der Grundsteuern zurückgewiesen hat. Bekanntlich ist es den Gemeinden heute freigestellt, ob sie die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert oder nach dem Ertragswert erheben wollen. Aus sozialpolitischen Erwägungen heraus verdient die Besteuerung nach dem gemeinen Wert, die im wesentlichen zu einer Entlastung der Wohnhäuser für Rinderbemittelte führt, den Vorzug vor der Besteuerung

nach dem Ertragswert. Und die Regierung hat auch bisher immer Wert darauf gelegt, den Gemeinden die Einführung dieser Steuer zu empfehlen. Aber dem Drängen der konservativ-kerikalen Landtagsmehrheit nachgebend, schlägt sie im Widerspruch zu der bisher von ihr vertretenen Auffassung in dem Entwurf des Kommunalabgabengesetzes eine Milderung vor, die aus sozialpolitischen Gründen aufs schärfste zurückgewiesen werden muß, nicht nur weil sie in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden eingreift, sondern auch weil sie der Terrainspekulation Tür und Tor öffnet. Die Städte haben rechtzeitig die ihnen dadurch drohenden Gefahren erkannt, und wir wollen hoffen, daß ihr Protest nicht unbeachtet bleibt.

Einen Vorschlag von großer Tragweite bedeutet die vom Städtetag gewünschte Vermeidung der einzelnen Abgabearten. Wenn insbesondere verlangt ist, daß die Möglichkeit geschaffen wird, die Einkommensteuer in anderer Form als durch Zuschläge zur Staatseinkommensteuer zu erheben und dadurch örtlichen Bedürfnissen anzupassen, so würde die Verwirklichung dieses Vorschlages die Gemeinden in die Lage versetzen, die Zuschläge progressiv zu gestalten, die geringeren Einkommen zu entlasten, die höheren stärker heranzuziehen. Allerdings würde diese Möglichkeit vorläufig nur auf dem Papier stehen, denn ob unter dem Dreiklassenwahlsystem zu den Gemeindevertreterwahlen davon Gebrauch gemacht wird, erscheint uns mehr als fraglich. Ja, es würde sogar die Gefahr bestehen, daß die Vertreter des Geldsacks in der Praxis ihre Macht in umgekehrter Richtung mißbrauchen und sich selbst und ihre Klammern zu entlasten suchen. Sollte das Gesetz nach der Richtung hin geändert werden, so müßten gleichzeitig Kontrollen gegen einen derartigen Mißbrauch geschaffen und ausdrücklich bestimmt werden, daß die höheren Einkommen nicht mit niedrigeren Zuschlägen bedacht werden dürfen, als die geringen Einkommen.

Die Grubenkatastrophe bei Cardiff.

Das furchtbare Drama, das sich im Tale von Senghenydd tief drunten im Schachte der Universalgrube abgepielt hat, hat wahrscheinlich so ungeheure Opfer an Menschen gekostet, wie noch nie ein ähnliches Unglück im englischen Bergbau. Ueber 400 Arbeiter mußten im Frontdienste des Kapitalismus ihr Leben lassen, Hunderte von Frauen beweinen den Gatten, den Sohn, den Ernährer. Viele Hunderte Kinder rufen verzweiflungsvoll nach dem Vater. Tausende warten am Eingang zur Grube, ob nicht doch noch ein Wunder geschieht, der Vater, der Bruder oder der Sohn noch lebend, wenn auch als Strüppel die Grube verläßt. Zwar ist es gelungen, einige noch Lebende aus dem Innern der Erde ans Tageslicht zu schaffen, doch die Freude des Wiedersehens macht den Schmerz der vielen anderen, die vergeblich in dumpfer Verzweiflung auf ihre Angehörigen warten, noch schmerzhafter.

Einige Tage wird man die Armen, denen so schweres Leid widerfuhr, bedauern; doch bald sind sie durch ein neues Ereignis vergessen. Stumm schleppen sie ihr müdes Leben, dem der Inhalt genommen ist, dahin. Nach wenigen Tagen vielleicht muß der Sohn, der mit Fluch der Grube gedenkt, als Erbsäule für seinen Vater in dieselbe Grube hinabsteigen.

Waren die furchtbaren Opfer notwendig? Hat die Grubenverwaltung alles getan, ihre Arbeitsflaven vor der drohenden Vernichtung zu schützen? Das sind Fragen, die sich jedem aufdrängen, der da weiß, wie schwer in Punkte Arbeiterschutzes von allen Kapitalisten — nicht nur von denen in England — gesündigt wird. Die Grubenverwaltung behauptet natürlich, alles getan zu haben, um Katastrophen zu vermeiden. Fest steht aber bereits, daß es nach dem Brande an Wasser zur Löschung mangelte. Da liegt die Schlussfolgerung nahe, daß auch vor der Explosion nicht genügend berieselt wurde. Die Untersuchung wird hoffentlich so unparteiisch geführt werden, daß etwa vorhandene Mißstände rückwärtslos aufgedeckt, die eventuell Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden.

Erhöhter Schutz dem Leben der Bergarbeiter! Diese rein menschliche Forderung muß auch nach dem gewaltigen tragischen Unglück in der Universalgrube dem Kapitalismus und seinen Sachwaltern entgegengerufen werden. Arbeiterschutzes auch gegen den Willen der Kapitalisten! Die vielen Tausende, die jahraus jahrein auf dem Schlachtfelde der Arbeit verbluten, brauchen zu einem großen Teile nicht hingemordet zu werden, wenn statt Profitgier Vernunft die Leitung der Betriebe in Händen hätte. Auch die 400 zum Teil völlig zerfetzten Leichname der Universalgrube rufen ihren Mördern entgegen: Schutz der Arbeit! Tötet nicht auch noch unsere Kinder, unsere Enkel, um den Aktionären den Profit zu sichern.

Nach der Katastrophe.

Ueber die Schreckensszenen, die sich nach der Explosion auf der Grube „Universal“ bei Cardiff am Unglücksorte abgepielt haben, wird noch berichtet:

Cardiff, 15. Oktober. Gegen 8 Uhr morgens wurde in einem Umkreis von mehreren Meilen eine dumpfe Detonation gehört. Männer, Frauen und Kinder eilten zu den Schachteingängen, wo sie erfuhren, daß eine Explosion, die eine Feuersbrunst hervorgerufen habe, kurz nach Einfahren der Tageslicht erfolgte sei. Nach allen Orten des Landes wurde sofort um Hilfe telephoniert. Um 9 Uhr fingen die ersten Rettungsmannschaften in den Schächten. Eine Stunde blieb man ohne Nachricht. Gegen 11 Uhr wurde bekannt, daß etwa dreihundert Bergleute gerettet worden sind. Sechs Leichen waren zu Tag gefördert worden. Den ganzen Nachmittag über fanden Tausende von Leuten an dem Schacht und warteten auf Nachricht von ihren Verwandten. Es spielten sich erschütternde Szenen ab in dem Augenblick, als die Leichen vorübergetragen wurden. Eine Frau rief, als sie einen Blick auf die Bahre geworfen hatte: Das ist mein Vater! und fiel in Ohnmacht.

Cardiff, 16. Oktober. Das Tal von Senghenydd, in dem die Unglücksgrube liegt, bietet in der Nacht einen Anblick von schrecklicher Tragik. Durch den weißen Dampf der unermüdet arbeitenden Maschinen werfen die Bogenlampen ihr rüchliches fahles Licht auf die Hügel, die dicht besetzt sind mit Menschen, die feberhaft erregt auf den Ausgange des Dramas, das sich tief unter der Erde abspielt, harren. Es sind die Frauen, Kinder und sonstigen Angehörigen der Bergleute, die schon stundenlang ohne Nahrung in der feuchten nebligen Herbstnacht stehen, um etwas über das Schicksal der Vermissten zu erfahren. Von allen Gruben des Bezirks sind im Laufe der Nacht Hilfsmannschaften und Rettungsapparate eingetroffen und ununterbrochen lösen sich die Rettungsmannschaften ab, um mit Hilfe von Sauerstoffapparaten, durch das Meer von Rauch nach dem Feuerherde vorzudringen. Trotz allen Eifers schreiten die Arbeiten nur mühsam fort, erschwert durch die giftigen Gase. Trotz der strengen Absperrung gelang es einer Schar Bergarbeiterfrauen, bis zu dem Schachteingang vorzudringen; laut jammernd forderten sie Auskunft über das Schicksal ihrer Ernährer und es dauerte lange, bis sie beruhigt werden konnten. Eine ältere Frau, der mitgeteilt werden mußte, daß ihr Gatte, ihre vier Söhne und drei ihrer Brüder unter den noch in der Grube Befindlichen seien, machte einen Selbstmordversuch.

Der Brand gelöscht.

Cardiff, 15. Oktober. Die Feuersbrunst in den Schächten ist gelöscht. Man rüht jetzt die Rettungsmannschaften aus, um das Bergwerk zu durchsuchen. Bis heute früh um 10 Uhr sind 26 Leichen geborgen worden. Die Gesamtzahl der Geretteten beziffert sich auf 487, das Schicksal von 393 Mann ist unbekannt.

Cardiff, 15. Oktober. Zwanzig weitere Bergleute des Kohlenbergwerks Universal sind heute früh 2 Uhr noch lebend aufgefunden worden.

Cardiff, 15. Oktober. Obwohl das Feuer in der Universal-Grube erloschen ist, wird es doch längere Zeit dauern, bis das ganze Bergwerk durchsucht werden kann, da einzelne Teile der Grube mehr als zwei Meilen vom Schachteingang entfernt liegen und die Gänge durch Trümmer versperrt sind. An mehreren Stellen wurden Leichen aufgefunden, die bis zur Unkenntlichkeit verstimmt waren. Andere hielten sich umschlungen. Weiterhin stieß die Rettungsmannschaft auf ein noch angeschirrtes, lebendes und unversehrtes Pferd. Die noch lebend Aufgefundenen waren fast bewußtlos und mußten unter großen Schwierigkeiten aus dem Schacht hinausgeschafft werden. Die ganze Gegend feiert. Bergleute in Sonntagskleidung geben den Leichen das Geleite zu ihren Wohnungen, wo sie von den Frauen erwartet werden. Mindestens tausend Frauen und Kinder sind ohne Hilfsmittel.

Der Bericht eines Ueberlebenden.

Cardiff, 15. Oktober. Einer der geretteten Bergarbeiter, ein gewisser Sidney Gregory, gibt über die Katastrophe folgende Darstellung: Ich arbeitete im Lancaster-Schacht, als ich um 8 Uhr zwei starke Explosionen vernahm, nach denen sich der Schacht mit Rauch füllte. Die Luft wurde schwer und ich befand mich plötzlich in einer Atmosphäre von Kohlenstaub und Qualm, die mich am Atmen hinderte. Neben mir stand ein kleiner Junge, der mit mir arbeitete. Wir konnten keine zwei Schritte vor uns sehen und liefen verzweifelt durch die Galerien, als wir auf Feuerwehrlente stießen, die uns den Weg nach oben wiesen. Hinter uns hörten wir das Prasseln des Feuers und das Krachen der einstürzenden Schächte. Endlich kamen wir zu der Stelle, wo sich der Förderkorb befand, und um 11 Uhr waren der halbbohnmächtige kleine Knabe und ich endlich oben. Die Haltung meiner Kameraden war musterhaft; ruhig, als ob nichts geschehen wäre, wartete jeder, bis die Reihe an ihn kam.

Verschiedene der geretteten Bergleute wollten mit aller Gewalt sofort in den Schacht zurückkehren, um bei den Rettungsarbeiten Hilfe zu leisten.

Das Block-Problem.

(Von unserem Pariser Korrespondenten.) Die Frage der Block-Politik wird jetzt innerhalb und außerhalb der geeinigten Partei lebhaft diskutiert. In der Partei hat sie als erster Gustav Hervé aufgeworfen. Seit mehreren Monaten wiederholt er den Ruf nach dem Block in jeder Nummer der „Guerre Sociale“ und stellt alle Parteigenossen, die an seiner neuesten Marotte keinen Geschmack finden, als engstirnige Doktrinare, fettschweifige Anbeter der

Kongressformeln oder mindestens als schwachherzige Routiniers ohne Initiative hin. Die Predigerlei Hervés entbehrt nicht der Komik. Der alte Cato hat ja auch alle seine Reden in dasselbe Sprüchlein austönen lassen, aber wenigstens blieb er bei dem einen Kathago, das zerstört werden müsse, während Hervés erst die Bourgeoisrepublik mittels Insurrektion vernichten wollte und jetzt alle Republikaner gegen die Pfaffenherzhaft aufkruft. Ohne den republikanischen Bloß, heißt es jetzt, sei das Kaiserreich unabwendbar. Diese Alternative ist nicht bloß Hervés Bedenken. Man hat von der jungmonarchistischen Polemik das Argument übernommen, daß die jetzige Republik im Innern und Außern vollkommen unfähig sei und nicht weiterleben könne. Vollkommen schlüssig ist der Beweis nicht. Die französische Kapitalistenklasse hat unter der dritten Republik ihre Interessen auf dem weltpolitischen Gebiet wie in der Durchsetzung der Massenherzhaft sehr geschickt wahrgenommen, und wenn sie den Staat aus den Krisen nicht hinausbringen konnte, so lag das weniger an ihr, als an der langsamen wirtschaftlichen Entwicklung, die dem politisch unzuverlässigen, demagogischen Einflüssen besonders zugänglichen Kleinbürgertum eine wichtige Rolle bewahrte. Sicherlich, der Merkantilismus hat in den letzten Jahren eifrig gearbeitet und spekuliert darauf, von der konservativer gewordenen Republik die alte, offizielle Stellung der Kirche wiederherstellen zu lassen. Aber der wachsende Einfluß der der alten bürgerlichen Aufklärung wie der dogmatischen bürgerlichen Demokratie entgegengesetzten Strömung in der Bourgeoisie kann es wohl der Kirche ersparen, ihre Sache auf die Bajonette des Staatsstreichs zu stellen. Das alte Schema: Reaktion — Merkantilismus — Monarchie braucht sich und wird sich wahrscheinlich nicht wiederholen. Die Bourgeoisie hat an einem Umsturz der Staatsform kein Interesse, solange sie nicht vor einem sozialen Umsturz zittert, und ihre materiellen Interessen können von einer Staatsstreichkata nur Schaden haben. Wir sprechen hier natürlich nur unter der Voraussetzung der Fortdauer des Friedens. Was eine kriegerische Verwicklung bringen kann, läßt sich nicht voraussehen. Daß aber just die konservative Wendung der Republik zum Konflikt mit Deutschland hintreibt, ist eine recht willkürliche Behauptung und jedenfalls nicht durch die Geschichte der ersten Jahrzehnte der dritten Republik zu beweisen, wo wir die großbürgerlichen, opportunistischen Elemente ein erträgliches Verhältnis zu Deutschland suchen sehen, wogegen der Radikalismus die chauvinistischen Empfindungen gerne ausbeutet. Bezeichnend ist, daß die repräsentativen Männer der aggressiven Außenpolitik wie Doumer und Delcassé Radikale waren. Heute ist das — zum Teil — anders. Neben einem Clemenceau und minderwertigen, mehr oder weniger ungenügenden Chauvinisten der radikalen Parlamentsgruppen und Zeitungen stehen Radikalsocialisten, die sich gleich den Socialisten ausdrücklich zur deutsch-französischen Verständigung bekennen. Aber diese hat in den nächstern Unternehmungen des Finanzkapitals ein stärkeres Versprechen als in den sehr löblichen humanitären Bemühungen der fortgeschrittenen Demokraten. Die Bemühungen um eine Behebung der völkischen Schismen haben und drüben sind im gegenwärtigen internationalen Zustand ein verlässlicheres Mittel als die luftige Verbrüderungsideologie Hervés, die mit ihrer selbstgewissen Ausweitung der esch-lothringischen Frage den Frieden und der deutsch-französischen Verständigung leicht einen Vorendienst erweisen könnte.

Doch die Meritale Gefahr besteht und das Proletariat hat das allerstärkste Interesse daran, ihr mit aller Kraft entgegenzuwirken. Ob die Marineartilleristen in den kleinasiatischen und syrischen Gewässern am Karfreitag Trauerschiffe abzufeuern haben, wäre am Ende nicht gar so wichtig, aber von ganz anderer Bedeutung ist für die kämpfende Arbeiterklasse der Schutz der Volksschule. Diese ist jedoch nicht nur von der Konkurrenz der als „freie“ Schulen aufständigen Kongregationsanstalten und vom Meritalen Konkost bedroht, sondern nicht minder von der Tendenz der sozial-konservativen Parteien, die Lehrer unter die Fuchtel der Regierung zu bringen. Weil ein ansehnlicher Teil der Volksschullehrer die wirtschaftlichen und moralischen Interessen des Berufs durch

die gewerkschaftliche Organisation zu schützen unternehmen und die Aufgaben des Lehrers, über die vorschrittmäßigen Schulstunden hinaus, in einer fortwährenden aufklärenden Wirksamkeit in den Volksmassen gesucht hat, ist eine giftige, demagogische Hege gegen die Lehrerschaft betrieben worden, die nicht erfolglos geblieben ist. Daß journalistische Schwäger die Volksschullehrer, die nicht in den Cafés des lateinischen Viertels den „J'moufouisme“ — die tiefe Weltanschauung „Ich pfeife auf alles“ — eingegeben haben, um ihrer betätigungsfrohen, nicht vom Steptianismus angegriffenen Bestimmung willen hochfahrend als „Primäre“ beschimpfen, wäre noch zu ertragen; schlimmer aber ist, daß man in den letzten Jahren von „republikanischen“ und „weltlichen“ Regierungen eine Reihe von Maßregeln getroffen gesehen hat, die darauf hinauszielten, die Unabhängigkeit der Lehrer und der Lehrervertretungen gegenüber der zentralen Unterrichtsverwaltung einzuschränken. Die Volksschule ist also nicht vor den Pfaffen allein zu schützen und nicht nur in der Weltlichkeit ihrer Organisation, sondern namentlich auch in der bürgerlichen Freiheit der Lehrerschaft, der auch Regierungen nahegetreten, die bei feierlichen Anlässen die Verteidigung des weltlichen Unterrichts proklamieren.

Daß sich die Sozialisten bei diesem Bestreben mit den bürgerlichen Radikalen oft zusammensuchen werden, ist sicher, und da die gefährlichen Anschläge nicht in gesetzgeberischen, sondern in Verwaltungsmahregeln zur Ausführung kommen, die hernach der Kritik des Parlamentes unterliegen, so ist die gemeinsame Abwehr auch ohne geschlossene Arbeitsgemeinschaft selbstverständlich. Aber dieser organisatorischen Gemeinschaft bedürfte es auch nicht, wenn es den Radikalen gelingen sollte, nach ihrem Parteitag in Pau ein für die Sozialisten annehmbares Minimalprogramm und hernach im Parlament — in der Deputiertenkammer und im Senat — die nowendige Parteidisziplin zu seiner Durchsetzung zu finden. Jaurès hat dies in der „Humanité“ klar ausgesprochen, als er schrieb:

„Welchen Sinn können also die vielen Meinungsäußerungen über den Bloß derzeit haben? Handelt es sich da um eine Verwirrung der Programme und der Verantwortlichkeiten, so ist das für immer unmöglich. Und handelt es sich um ein lokales Zusammenarbeiten für die Verwirklichung eines ersten Programms, wann hätte die sozialistische Partei einer ehrlichen Bemühung, einer wirklichen Reform ihren Bestand verlagert? Aber wo ist in diesem Augenblick das Programm des Radikalismus? Wo ist der Mut der Radikalen? Wo ihre Einsicht? Der Kongress in Pau wird nur eine Komödie und eine Fehlgeburt sein, wenn er nicht allen Parlamentariern der Partei, allen ohne Ausnahme, die absolute Verpflichtung auferlegt, das Dreijahresgesetz zu verwerfen und zu zerbrechen — dieses Gesetz, das zugleich die nationale Verteidigung und die republikanische Aktion kompromittiert und allem Unheil von außen und allen Kapitulationen im Innern den Weg geöffnet hat. So sehr wir bereit sind, in voller Unabhängigkeit wie mit voller Loyalität jede ehrenhafte und kräftige Politik im Sinne der Demokratie, der Weltlichkeit, der bürgerlichen und sozialen Reform zu unterstützen, jede wahrhaft zweckmäßige und vollstimmliche Organisation der nationalen Verteidigung, so sehr lehnen wir es ab, die geringste Rolle in einer jämmerlichen Tragikomödie zu spielen, wo die Hälfte der handelnden Personen für die andere gegen die drei Jahre wäre, und der Chor der Besessenen, ebenso erschreckt wie der im Oedipus, nicht wagen würde, seine Meinung zu sagen.“

Daß von der Masse der Radikalen derzeit mehr als eine platonische Erklärung für die Rückkehr zur zweijährigen Dienstzeit und die militärische Jugendberziehung zu erwarten ist, glauben wohl die wenigsten — sogar das Exekutivkomitee der Partei, wo die entschiedensten Elemente überwiegen, hat in seinen Programmentwurf die dehnbare Klausel „nach Maßgabe der Interessen der nationalen Verteidigung“ aufgenommen. Und Hervés selbst hat schließlich die Verhinderung des Inkrafttretens des Dreijahresgesetzes als Minimalforderung für den Zusammenschluß mit den Radikalen aufgestellt. So wird voraussichtlich auch für die extremsten Reformisten der geeinigten Partei die Versuchung fehlen, die

Sozialisten von neuem an einen republikanischen Bloß zu fesseln. Die Rücksicht auf die Einigkeit der Partei rät allem schon dringend, auf einen solchen Versuch zu verzichten. Die Diskussion der Frage in der Provinzpresse hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß ein großer Teil der Parteigenossen in keinem Fall einen Verzicht auf die Selbständigkeit der Parteifaktion im Parlament zugeben wird. Sehr entschieden hat das Comptre-Morel in der „Humanité“ ausgesprochen. Auch Marcel Sembat, der in der antikerikalen Propaganda eine hervorragende Rolle spielt, lehnt die politische Fusion und Konfusion der Linksparteien ab, indem er — einem Interview mit einem Redakteur der „Lanterne“ — darlegt, daß die sozialistische Partei wohl nie eine systematische Forderung angestrebt habe, aber durch die Tatsachen gezwungen werde, alle Parteien nach der Reihe zu bekämpfen. Das schließt ein Zusammenarbeiten nicht aus, das vielmehr durch die wachsende Energie der Merikalen notwendig werde, aber die Sozialisten müßten dabei ihre Selbständigkeit im Auge behalten: „Fangen wir nicht die Vergangenheit von vorn an!“

Die Geschichte der französischen Arbeiterbewegung seit 15 Jahren macht aus diesem Ruf eine nicht zu überhörende Warnung.

Politische Uebersicht.

Der militärische Pferdehandel.

Das Kriegsministerium fühlt sich endlich bemüht, eine Erklärung zu den Vorkommnissen bei dem Pferdekauf in Espreux zu geben. Die Vorkäufe werden, wie das zu erwarten war, als unzureichend zurückgewiesen. Zunächst wird behauptet, daß Händler herangezogen werden müßten, denn die Züchter hätten nur wenige volljährige Pferde im Besitz, die den militärischen Ansprüchen genügen. Ihr bestes Material hätten sie schon als Remonten verkauft, und von dem Rest sei seit dem Frühjahr ein großer Teil durch Spekulationskäufe in den Besitz von Händlern übergegangen. Unter diesen Umständen habe die Kommission entsprechend der Anweisung des Kriegsministeriums auch mit Händlern größere Abschlüsse machen müssen. Die Erklärung fährt dann fort:

„Besonders gilt das von den Raschinengewehrpferden. Sie müssen fertig eingefahren zur Truppe kommen, weil diese kein geeignetes Personal hat, um das Einfahren selbst zu übernehmen. Die Raschinengewehrpferde waren daher auf Grund einer Bestimmung des Kriegsministeriums paarweise anzukaufen und vor der Abnahme auf Jungtauglichkeit zu prüfen. Das Zusammenstellen und Einfahren geeigneter Paare wäre für die Ankaufskommission während der Märkte mit ihrem Auftrieb von mehreren hundert Pferden eine unlösliche Aufgabe gewesen. Die rechtzeitige Beschaffung des Bedarfs war völlig ausgeschlossen, wenn diese vorbereitende Arbeit nicht von anderer Seite übernommen wurde. Das aber konnte, wie die Dinge nun einmal lagen, nur der Händler sein, der über eine größere Auswahl von Pferden verfügte — und außerdem über die der Kommission fehlende Zeit.“

Daß die mit den militärischen Erwägungen nicht näher vertrauten Interessenten den ganzen Vorgang für befremdlich gefunden hätten, könne man verstehen; denn sie vermöchten sich die Zuweisung einzelner Pferde durch den Kommissar an den Händler nicht zu erklären. Es müsse aber betont werden, daß das Verfahren des Kommissars auch im Interesse der einzelnen Verkäufe lag; denn zweifellos sei auf diese Weise manches Raschinengewehrpfers schließlich noch zur Abnahme gelangt, das sonst in Ermangelung eines Paarpferdes hätte zurückgewiesen werden müssen. Das Kriegsministerium hofft, daß diese Ausklärung die unter den Züchtern bestehende Erregung besänftigen würde. Allerdings dürfe man nicht annehmen, daß auch jene Leute befriedigt würden, die schon im Sommer Pferde zu Spekulationszwecken angekauft hätten und jetzt ihr ungeeignetes Material nicht loswerden könnten. Die Erklärung schließt mit den Worten:

„Zu bedauern ist, daß die öffentliche Behandlung der ganzen Frage sich nicht immer in den Bahnen sachlicher Kritik bewegt, sondern auch zu ganz unangehörigen persönlichen Verdächtigungen des Ankaufskommissars geführt hat. Gegen die dafür Verantwortlichen ist vom Kriegsminister Strafantrag gestellt worden.“

Man wird also zunächst die gerichtliche Aufklärung dieses Vorkommnisses abwarten können. In der Budgetkommission des Reichstages werden die Herren von der Militärdirektion bestimmt auch

Völkerkämpfe und Klassenkämpfe.

I.

Der unter dem gleichen Titel im Socovaris-Verlag erschienenen trefflichen Materialiensammlung A. Conrads entnehmen wir folgende Sätze:

Die Freiheitskriege im Zusammenhang mit der großen Revolution.

Die großen Weltbegebenheiten seit dem letzten Viertel des abgelaufenen Jahrhunderts haben nicht bloß in einzelnen Kämpfen, sondern auch in den Völkern selbst eine so gewaltige Veränderung in der religiösen und politischen Denkart bewirkt, daß die Weltgeschichte kein Zeitalter kennt, in welchem ein so tiefes Gefühl der Mängel und Unvollkommenheiten des Vorhandenen und ein so lebhaftes Streben und Streben, abzustellen und zu bessern, was den allgemein gefühlten Bedürfnissen nicht zuzufügen, vorhanden war, als sich jetzt täglich mehr unter den gebildeten und mächtig sich fortbildenden Völkern verbreitet. Eine solche Zeit mußte überall große Veränderungen hervorbringen. Alle europäischen Völker befinden sich daher bald mehr, bald weniger in dem Standpunkte zwischen dem Untergang alterer Einrichtungen, die Jahrhunderte hindurch die Stützen der bürgerlichen Gesellschaft waren, und dem Aufwachen neuer Anstalten und Organisationen. Auch Preußen befindet sich in einer ähnlichen Lage. Durch den unglücklichen Krieg, den der Friede zu Tilsit bezeugt, hatte es die Hälfte seiner Provinzen, deren Schatz, seine Finanzen und sein Heer verloren. Dieser gänzlich veränderte Zustand des Staates gab seinen bis dahin nur einzelnen und langsamen Verbesserungsplänen schnellere Mängel. Das Edikt vom 9. Oktober 1807, welches Freiheit der Person, des Eigentums und der Gewerbe aussprach, eröffnete eine Reihe von Verordnungen, wodurch die innere Einrichtung des Staates und seine Beherrschung eine gänzliche Umgestaltung erlitten, die es möglich machte, daß in den Kriegen von 1813/15 mit Draufschreiung der Erfindung der höchsten Nationaltriumph errungen, zugleich aber auch die Nationalkraft bis zum letzten Punkte angepannt wurde.

W. v. Humboldt an den König, 26. Aug. 1819. Pol. Denkschr. III. 2. S. 331.

Wie die Deutschen die Revolution aufnahmen.

Solange die Sonne am Firmamente steht und die Planeten um sie herumkreisen, war das nicht gesehen worden, daß der Mensch sich auf den Kopf, das ist, auf den Gedanken stellt und die Wirklichkeit nach diesem erbaut. Anaxagoras hatte zuerst gesagt, daß der Kosmos (die Vernunft) die Welt regiert; nun aber erst ist der Mensch dazu gekommen, zu erkennen, daß der Gedanke die geistige Wirklichkeit regieren solle. Es war dieses somit ein herrlicher Sonnenaufgang. Alle denkenden Wesen haben diese Epoche mit-

gefeiert. Eine erhabene Nahrung hat in jener Zeit geherrscht, ein Enthusiasmus des Geistes hat die Welt durchschauert, als sei es zur wirklichen Veröhnung des Göttlichen mit der Welt nun erst gekommen.

Hegel, Philosophie der Geschichte. 4. Teil, 3. Abschnitt, 3. Kapitel: Die Aufklärung und die Revolution.

Revolutionseindrücke beim Bürgertum in Preußen.

Im ganzen war der Bürgerstand und unter diesem auch viele Gelehrte den Fortschritten der Revolution geneigt. Man erwartete in diesem Kreise mit Recht von der Verbreitung dieser Ansichten die Abschaffung vieler drückender Adelsvorrechte und Ständesprivilegien und der auf sie begründeten Annahmen; ihr mehr gebildeter Geist ließ sie dabei auf die Abstellung mancher Verschwendungen, die einen kleinen Kreis begünstigten, hoffen, während, sehr natürlich, die menschliche Gerechtigkeit und der Gedanke, nun auch auf dem Wege zu sein, eine Rolle spielen zu können, die obigen allgemeinen Ansichten in etwas egoistische verwandelte. Der Adel und die Offiziere dagegen, besonders die älteren, waren, wenn auch nicht durch klaren Blick, so doch durch natürlichen Instinkt jenem Revolutionstreiben durchaus abgeneigt, das ihre bisherige Erzielen vielfach bedrohte. Auf mich machte die Abschaffung mancher Adelsvorrechte sowie die Befreiung des Landmannes von seinen unerträglichen Lasten einen günstigen Eindruck, da mein eigenes Lebensansichten damit übereinstimmten. Gogol, Erinnerungen, I. 25.

Napoleons Verdienste um Deutschland.

Die von Napoleon neu eingerichteten Staaten wurden freilich von ihm und von den Franzosen überhaupt furchtbar gedrückt, aber sie erlangten auch durch ihn Anteil an den unschätzbaren Vorteilen der Revolution, den sie nimmer erlangt hätten, wenn nicht der Kaiser ohne lange Veratselung mit den deutschen Beteiligten diktatorisch und militärisch den Boden zum neuen Bau geebnet hätte. Wir geben daher zu, daß ihm auch Deutschland unendlich viel verdankt, das kann uns aber so wenig bewegen, ihn zu vergöttern, als wir es den Engländern danken, wenn sie die Welt auslaugend und tyrannisierend gelegentlich ganze Erdstriche und Länder zivilisierten. ... Auch Preußen verdankt mittelbar die besten Stücke seiner gegenwärtigen Einrichtung den Franzosen, weil diese den am Alten Lebenden König und die Leute, mit denen er am liebsten verkehrte, nötigten, in eine völlige Umgestaltung der alten Einrichtungen zu willigen. Man müßte, wenn man das Volk gewinnen wollte, ein neues Preußen schaffen, wie Napoleon ein neues Frankreich gründete.

Schloffer, Geschichte des 18. Jahrhunderts, VII. 1. S. 342.

Französische Revolution und preussische Reform.

Der Wahn, daß man der Revolution am sichersten durch Festhalten am Alten und durch strenge Verfolgung der durch solche geltend gemachten Grundzüge entgegenzureden könne, hat besonders dazu beigetragen, die Revolution zu bestärken und derselben eine stets wachsende Ausdehnung zu geben. Die Gewalt dieser Grundzüge ist so groß, sie sind so allgemein anerkannt und verbreitet, daß der Staat, der sie nicht annimmt, entweder seinem Untergange oder der erzwungenen Annahme derselben entgegensehen muß. Ja, selbst die Klaus- und Ebe- und Herrschsucht Napoleons und seiner begünstigten Gehilfen ist dieser Gewalt untergeordnet und wird es gegen ihren Willen bleiben. Es läßt sich auch nicht leugnen, daß überhaupt das eiserne Despotismus, womit er regiert, er dennoch in vielen wesentlichen Dingen jene Grundzüge befolgt, wenigstens ihnen dem Scheine nach zu huldigen genötigt ist. Also eine Revolution im guten Sinn, geradezu führend zu dem großen Zwecke der Veredelung der Menschheit, durch Weisheit der Regierung und nicht durch gewaltsame Impulsion von innen oder außen — das ist unser Ziel, unser leitendes Prinzip. Demokratische Grundzüge in einer monarchischen Regierung; dieses scheint mir die angemessenste Form für den gegenwärtigen Zeitpunkt.

Hardenberg's Denkschrift über die Reorganisation des preussischen Staates, 12. Sept. 1807. Denkwürdigkeiten des Staatskanzlers Fürsten v. Hardenberg. Herausgeg. v. Leopold Ranke, IV. Anh. S. 7, 8.

Gneisenau über Revolution und Reform.

Die Revolution hat die ganze Nationalkraft des französischen Volkes in Tätigkeit gesetzt, durch die Gleichstellung der verschiedenen Stände und die gleiche Verteuerung des Vermögens die lebendige Kraft im Menschen und die tote der Güter zu einem wachsenden Kapital umgeschaffen und dadurch die ehemaligen Verhältnisse der Staaten zueinander und das darauf beruhende Gleichgewicht aufgehoben. Wollten die übrigen Staaten dieses Gleichgewicht wieder herstellen, dann müßten sie sich dieselben Hilfsquellen eröffnen und sie benutzen. Sie müßten sich die Resultate der Revolution eignen und gewinnen so den doppelten Vorteil, daß sie ihre ganze Nationalkraft einer fremden entgegensetzen könnten und den Gefahren einer Revolution entgingen, die darum gerade für sie noch nicht vorüber sind, weil sie durch eine freiwillige Veränderung einer gewaltsamen nicht vorbeugen wollen.

Gneisenau, Denkschrift vom Juli 1807. Verh. Gneisenau I. 302.

Die Aufgabe ist, eine von anderen Büßern beneidete Konstitution zu haben; dabei die Mittel vorzubereiten, um zur entscheidenden Stunde gerüstet dazustehen, andere Staaten zu überleben. Dabin führen Wohlstand, Ausrüstung, Gültigkeit, bürgerliche Freiheit; ein Volk, arm, roh, unwissend und slavisch wird es nie mit einem an Hilfsmitteln und Kenntnissen reichen aufnehmen können. Aufzeichnungen Gneisenau's aus dem Jahre 1807, Verh. Gneisenau I. 321.

Gelegenheit haben, nähere Aufschlüsse zu geben. Das Kriegsministerium erklärt selbst, daß die Vorkommnisse zunächst besond- lich erscheinen müßten. Es verdient denn auch festgestellt zu wer- den, daß die ganze Angelegenheit durch konservative Blätter in Fluß gebracht worden ist.

Russisches Fleisch in Berlin.

Die von der Berliner Stadtverordnetenversammlung eingeleitete gemischte Deputation zur Beratung von Maß- nahmen gegen die Lebensmittelteuerung hat am Mittwoch den Vertrag der Stadt Berlin mit dem Großkaufmann Samuel Aron in Wilmersdorf genehmigt. Die Fleischer- einnung hat sich an den Magistrat gewendet, auch ihren Mit- gliedern den Verkauf russischen Fleisches zu überlassen. Die Innung verpflichtet sich, aus jedem ihrer sechs Bezirksbereiche Mitglieder zu bestimmen, welche ehrenamtlich die Kontrolle der Fleischerläden übernehmen. Die von der Stadt gestellten Bedingungen gehen dahin, daß der Fleischer das von der Stadt bezogene Fleisch nur an einer durch auffällige Auf- schrift „Städtisches ausländisches Fleisch“ bezeichneten Stelle lagert und feilhält. Anderes Fleisch darf an dieser Stelle nicht verkauft und gelagert werden. Entsprechendes gilt auch für die Auslagen im Schaufenster. Der Fleischer über- nimmt die Gewähr dafür, daß das gekaufte Fleisch nicht zu höheren als zu den von der Stadtgemeinde festgesetzten Preisen an das Publikum verkauft wird und nicht anderweit in den freien Verkehr kommt.

Von den Mitgliedern unserer Fraktion wurde vor Ab- schließung dieses Vertrages gewarnt, da eine Kontrolle un- möglich und die Gefahr vorhanden, daß das Publikum über- vorteilt wird, indem es russisches billiges Fleisch als teures deutsches bezahlen muß. Es wurde aber mit 8 gegen 3 Stim- men beschlossen, versuchsweise und unter den angegebenen Bedingungen Fleisch auch an Fleischermeister zu überlassen, soweit genügend Fleisch vorhanden ist, und mit der Beteili- gung der übrigen Gruppen (Verkäufer von nur russischem Fleisch, Konsumvereine usw.) möglich ist.

Mit dem Bezug russischen Fleisches wird am Donnerst- ag, den 23. Oktober, begonnen.

Der Fortschrittsterror in Köln.

Die Kämpfe in der fortschrittlichen Volkspartei zu Köln, über die wir schon vor kurzem berichteten, haben in einer stürmischen Generalversammlung am Montagabend ihren vorläufigen Abschluß gefunden. Die Gegenüber in der Partei wurden mit leidenschaft- licher Wucht zum Austrag gebracht. In dem Ringen um den Vor- stand wurde mit Flugblättern, Plakaten und besonderen Wahl- bureaux im Hause der Generalversammlung gearbeitet. Während sonst bei der Vorstandswahl ein paar Duzend Menschen anwesend waren, hatte die aufregende Vorbereitung des „fortschrittlichen Agi- tationskomitees“ diesmal eine Generalversammlung von 500 Per- sonen zusammengedrängt. Selbst Herr Heinz Vothhoff war aus Düsseldorf herbeigekommen, um den Parteibrand löschen zu helfen. Bei dem Vorstandsbericht ging es noch ziemlich ruhig zu. Staunend hörte man, daß die Fortschrittspartei in Köln sich an den Lan- tagswahlen nicht beteiligt hat, weil — die Nationallibe- ralen kein Geld hatten. Bei der Vorstandswahl aber trat Sturm ein. Ein Herr Bier empfahl die Wahl des bisherigen Vorstehenden mit den Worten: „Seit 17 Jahren hat Herr Schaaf am Montagabend mit uns immer so ge- mächlich geplaudert. Ob der neue Kandidat Justiz- rat Elybacher auch immer da sein wird? (Gelächter.) Dann brach ein Höllelärm los: es folgte ein persönlicher Bormar- sch nach dem andern, das wir schon in den Vorberichten, minutenlanges Schreien, Rufe: „Falsch“, „Belogen“, „Verleumdung“ usw. Die Anhänger des Dr. Biesanz, dem der Vorstand die Aufnahme in den Verein verweigert hatte, weil er den temperamentvollen Rechts- anwalt fürchtete, erhoben unausgesetzt das Schlachtrufwort: „Biesanz, Biesanz, laßt Biesanz herein; er soll sich beeidigen.“ Um seinen Posten zu retten, griff der Vorsitzende Schaaf endlich zu einem verzweifelten Mittel; er warf seinem Gegenkandidaten, Justizrat Elybacher, vor, dieser habe nur deshalb 1000 Mark für den Verein gesammelt, damit man ihn (Elybacher) als Stadtverordnendkandidaten aufstelle.

In der zweiten Morgenstunde endete das grausame Spiel mit einem Siege des bisherigen Vorstandes. Er erhielt jetzt 80 Stim- men mehr als sein Gegner.

Die Opposition will den Kampf gegen den fortschrittlichen Parteikampf fortsetzen.

Ein deutscher Fürsprecher der Weisheits-Anfrage.

Wir haben es als ganz selbstverständlich angesehen, daß die deutsche bürgerliche Presse, zum Teil in recht scharfer Weise, gegen den Ritualmordskandal in Kiew Front gemacht hat. Nun findet aber Professor Th. Schemmann in der „Kreuz-Zeitung“, daß die öffentliche Meinung sich „durchaus mit Unrecht“ über den Prozeß erregt hat. „Daß — schreibt er — in Rußland bei der tiefen Finsternis, in der die elende Judentum dort lebt, auch ein Aberglauben bestehen kann, der mit Christenblut religiöse Mahnvorstellungen verbindet, die vielleicht erst durch die umlaufenden Blutflegenden entstanden sind, ist sehr wohl denkbar.“ Damit stellt der Leitartikel der „Kreuz- Zeitung“, wenn er auch die allgemeine Anschuldigung gegen das jüdische Volk oder die jüdische Glaubenslehre verwirft, sich durch- aus auf den Boden der Anklageschrift, die den Juden Weisheit des Nordens aus religiösem Fanatismus beschuldigt. Vergleicht man damit, was selbst die russische konservative Presse vom Schloß des „Kijewskanin“ über den Prozeß und das angebliche Beweismaterial gegen Weisheit geschrieben hat, so kommt man zu dem Schluß, daß das Ribean des führenden preussischen Junkerorgans sich nur noch mit der ausgesprochenen russischen Pogrompresse messen kann.

Junggesellensteuer.

Die Einführung einer Ledigensteuer beschäftigte am 13. Oktober die Lübecker Bürgerschaft. Von einer Kommission dieser Adre- schaft war beantragt worden, daß ledige Steuerpflichtige, die ein Einkommen von mehr als 2000 M. bis 10000 M. haben, einen Zuschlag von 10 Proz., und solche mit mehr als 10000 M. Ein- kommen einen höheren Zuschlag zur Einkommensteuer entrichten sollten. Begründet wurde diese Steuer mit der größeren Leistungs- fähigkeit der Ledigen. In der sozialdemokratischen Bürgerschafts- fraktion war man zu einer einmütigen Stellungnahme in dieser Frage nicht gelangt. Während die Minorität den Gedanken der Ledigensteuer trotz der in dem Antrage liegenden Mängel für be- rechtigt erachtete, verwarf die Mehrheit ihn mit der Begründung, daß es sich um eine Sondersteuer handele, die man prinzipiell ab- lehnen müsse, zumal die Ledigen vielfach nicht leistungsfähiger als Verheiratete seien. Die Bürgerschaft lehnte nach ein- gehender Beratung die Ledigensteuer ab, hauptsächlich aus dem Grunde, weil man befürchtete, daß durch diese Steuer reiche unverheiratete Rentner von Lübeck ferngehalten würden. — Die Ledigensteuer gelangt innerhalb des Rahmens der Beratung über ein neues Einkommensteuergesetz zur Verabschiedung. Das neue Einkommensteuergesetz gestaltete die Einkommensteuer, die bisher nach einem festen Satz erhoben wurde, beweglich und zwar in der Form, daß in Zukunft die Steuer nach Einheiten erhoben werden soll. Von der sozialdemokratischen Fraktion wurde versucht, durch Anträge, nach denen die Einkommensteuer erst vom Einkommen von

über 1000 M. erhoben und den kinderreichen Familien bedeutende Steuerermäßigungen gewährt werden sollen, gerechter zu formen. Die Anträge fanden jedoch bei der Mehrheit der Bürgerschaft, die die Arbeiter politisch entrechtet hat, keine Gegenliebe.

Arbeitslosenfürsorge. Die sozialdemokratische Fraktion der Lübecker Bürgerschaft stellte Anträge auf Ergreifung von Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit und auf Erlass eines Gesetzes betreffend die Schaffung einer Arbeitslosenunterstützung.

Kommunale Arbeitslosenversicherung.

In Eibersfeld beantragte die sozialdemokratische Fraktion in der am Dienstag stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung die sofortige Vereinstellung von 20000 M. für eine kommunale Arbeitslosen- versicherung. Begründet wurde dieser Antrag durch eine gemeinsame Vorlage der freien Gewerkschaften und der Hirsch-Dunderischen Gewerkschaften. Die Christlichen hatten eine besondere ähnlich lautende Vor- lage eingebracht. Die Stadtverordneten beschlossen, entsprechend dem Vor- schlag der Stadtverwaltung, eine Kommission mit der Ausarbeitung einer Vorlage zu betrauen, bestehend aus Vertretern aller Parteien; auch wird je ein Vertreter der freien Gewerkschaften, der Hirsch- Dunderischen Gewerkschaften und der Christlichen an den Verhand- lungen der Kommission teilnehmen.

In Barmen hat die sozialdemokratische Stadtverordneten- fraktion denselben Antrag wie in Eibersfeld gestellt. Die dortige Gewerbeinspektion hat bereits diesen Antrag vorbereitet und be- schlossen, der nächsten Stadtverordnetenversammlung vorzuschlagen, eine besondere Kommission einzusetzen, die alsbald die Fassung und Beratung der eingereichten Vorlagen herbeiführen soll.

Die Balkanfragen.

Vorstellungen des Dreiecksbundes in Belgrad.

Wien, 15. Oktober. Die Meldungen über das Ein- rücken der serbischen Truppen in das autonome Albanien im Verein mit gewissen Äußerungen der offi- ziösen Samouprava finden hier sehr ernste Beachtung, beson- ders, da die Erklärungen von Reichlich im Belgrader radi- kalen Klub nicht dementiert wurden. Da Oesterreich-Ungarn in eine Aenderung von den Mächten beschlossenen Grenzen Albaniens nicht einwilligen wird, steht dem Vernehmen nach demnächst ein Schritt der Monarchie in Belgrad bevor, in welchem die serbische Regierung befragt werden wird, was mit der Besetzung der sogenannten strategischen Punkte beabsichtigt sei, wann Serbien die Truppen zurückziehen werde, und was die Äußerungen der serbischen Presse zu be- deuten hätten.

Aus Rom wird ferner gemeldet, daß die italienische Regierung die serbische in freundschaftlicher Weise darauf aufmerksam gemacht habe, die Grenzen Albaniens zu respek- tieren und Grausamkeiten zu vermeiden. Einen ähnlichen Schritt hat auch die deutsche Regierung in Belgrad unternommen.

Die Anarchie in Albanien.

Balona, 15. Oktober. Vor einigen Tagen erschien hier ein Vertrauensmann Essad Paschas, um eine Versöhnung Essads mit der Regierung herbeizuführen. Nachdem die Regierung die Forderungen Essads kurzweg zurückgewiesen hatte, erhielt sie heute ein Telegramm Essads, in dem er seinen Austritt aus dem Kabinett mitteilt und gleichzeitig die Regierung davon verständigt, daß er in Durazzo eine neue Regierung gebildet habe, deren Wirkungskreis sich auf Zentralalbanien zwischen den Flüssen Kall und Schumbi erstrecken solle. Die neue Regierung bestehe aus einem Senat, dessen Mitglieder aus den Städten Durazzo, Kavaja, Tirana und Schiat (je zwei aus jeder Stadt) gewählt worden seien. Der Präsident des Senats sei er selbst.

In Regierungskreisen bemerkt man zu dem Vorgehen Essads, daß die Senatsmitglieder durchaus nicht angesehenen albanischen Familien angehören und daß Essad andererseits den wichtigsten Distrikt Zentralalbanien, Elbasan, völlig vergessen habe, wo er noch nicht anerkannt sei. — Essad hat von seinem Schritt der Internationalen Kontrollkommission Mitteilung gemacht.

Frankreich.

Nicht „republikanischer“, sondern „Ordnungs“-Blod.

Paris, 13. Oktober. (Fig. Ver.) Die republikanischen Bourgeois von Dijon sind in die neuen Blod-Blorde mit einem schrillen Mißton hereingefahren. Sie haben nämlich, wie bereits telegraphisch gemeldet, gestern das Mandat, das der verstorbene Genosse Bouhey-Alex innegehabt hatte, geradezu verräterisch einem notorischen Klerikalen ausge- liefert. Im 1. Wahlgang hatte unser Kandidat Varabant 7019, Hebert, der Vorliegende des katholischen Eisenbahnerverbandes, 6283 Stimmen bekommen. Ein „unabhängiger“ Radikaler Dr. Julis brachte 3105 Stimmen auf. Julis trat zurück, ohne eine Wahlparole aus- zugeben. Im 2. Wahlgang aber drang Hebert mit 9228 gegen 8974 Stimmen Varabants durch. Er hat 3000 Stimmen ge- wonnen, Varabant nur 1000. Es ist richtig, daß die links- radikalen Wähler schon im 1. Wahlgang für Varabant ge- stimmt haben, aber die Wahl zeigt doch, daß die republikanischen Bourgeois heute mehr Sinn für den Klassenkampf als für den Kulturkampf haben. Die „kerikale Gefahr“ ist da. Aber sie lauert nicht außen, sondern frißt im Innern des repu- blikanischen Bürgertums um sich.

Dänemark.

Aus dem Reichstage.

Die erste Lesung der Verfassungsvorlage in der Ersten Kammer ergab die Überweisung der Vorlage an eine Kommission, in der auch ein Vertreter der Sozialdemokratie Platz erhielt. Die Kampfstimmung der Konservativen hat durch den Ausfall der Wahlen zur Zweiten Kammer eine merkbare Abschwächung ge- funden. Auf die Erklärung des Ministerpräsidenten Jøhn, daß die Regierung wohl zu Verhandlungen über die Einzelheiten der Vor- lage bereit sei, daß aber an dem Grundprinzip des allgemeinen, gleichen Wahlrechts nicht gerüttelt werden kann, antwortete der freikonservative Führer Graf Frijs in einer längeren Rede, die nichts von dem harten Reim des letzten Winters mehr verspüren ließ. Er war im Gegenteil zu Verhandlungen geneigt, machte der „Entwickelung“ Konzessionen und trat im ganzen für eine Ver- ständigung „mit Garantien“ ein. Seine Rede erweckte in kon- servativen Kreisen große Enttäuschung, so daß ein nachträglicher Kommentar in der Presse gegeben werden mußte. Aber auch diese außerparlamentarische Abschwächung der freikonservativen Rede kann nichts daran ändern, daß die Stellung im konservativen Lager nicht mehr so siegesgewiß ist, wie vor einem Jahre. Auf den Einfluß des rechtsliberalen Führers J. C. Christensen ist eben nicht mehr zu bauen, nachdem dieser wegen seines außerparlamentarischen Verfassungsentwurfes von seiner eigenen Fraktion im Parlament so kräftig desaboniert wurde.

Die Sozialdemokratie sieht den kommenden Dingen mit Ruhe entgegen. Draußen im Lande arbeitet sie eifrig auf die Verboll- kommung ihrer Organisation und an der Aufrüstung der Massen, damit sie den eventuell kommenden Kampf mit ganzer Wucht zu führen in der Lage ist. Auch die radikale Regierungspartei ist in gleicher Weise eifrig tätig. Denn die Verhandlungs- bereitschaft der Konservativen ist immer noch keine Konzessions- bereitschaft im Sinne einer demokratischen Verfassungsreform. Mit dem Kampf muß also entschieden gerechnet werden.

In der Zweiten Kammer hat die sozialdemo- kratische Fraktion sieben Gesetzentwürfe ein- gebracht, wovon der eine die gleiche Steuerpflicht der Militärpersonen gegenüber den Gemeinden durchzuführen will, die für alle anderen Steuerzahler besteht. Der andere und wichtigere Entwurf verlangt, daß die Gemeindevorstände verpflichtet werden, während der Monate Dezember, Januar, Februar und März dafür Sorge zu tragen, daß Gemein- schulkinder an jedem Schultage eine warme Mahlzeit in der Schule bekommen, entweder unentgeltlich oder aber gegen ein Entgelt, das die Selbstkosten nicht übersteigt. Die hierdurch entstehenden Kosten sollen vom Staate und den Ge- meinden je zur Hälfte getragen werden.

Rußland.

Die Rüstungstreiber an der Arbeit.

Aus den Kreisen der Dumaabgeordneten, die in engerer Fühlung mit den Ministerien stehen, wird mit aller Bestimm- heit berichtet, daß der Ministerpräsident Kozlow, gegen den die Gruppe Reibhardt und die äußerste Rechte auch neu- lich eine heftige Attacke führte, seinen Posten nur mit der Verpflichtung beibehalten hat, für die Verwirklichung des „großen Flottenprogramms“ zu sorgen, das dem Zaren beson- ders am Herzen liegt.

Auf diese Meldung hin erfolgte ein ziemlich lahmendes offi- ziöses Dementi, das aber nur bestritt, daß jetzt eine russische Flotte von 200 Millionen Rubel zur Ausführung des Flottenprogramms auf dem Pariser Geldmarkt geplant werde. Aus allen anderen Äußerungen geht indes hervor, daß das große Flottenprogramm bereits in allen Einzel- heiten fertiggestellt ist, daß aber seine Inangriffnahme haupt- sächlich dadurch aufgeschoben werden müsse, weil das kleine Flottenprogramm in absehbarer Zeit noch nicht vollendet werden könne. Sehr lehrreich ist in dieser Beziehung ein Artikel der offiziellen „Rossija“, der die Existenz des großen Flottenprogramms unumwunden zugibt und seine Inangriff- nahme für das Jahr 1915 ankündigt. „Wie — schreibt das Regierungsblatt — dies Programm verwirklicht werden wird, und ob der freie Warbestand dafür ausreichen wird, darüber Erörterungen anzustellen, ist jetzt verfrüht. . . . Zieht man in Betracht, welche Maßnahmen sämtliche Seemächte zur schnellen Verstärkung ihrer Flotten ergreifen, dürfen wir kaum annehmen, daß wir in der weiteren Verstärkung unserer Flotte ein langsames Tempo einschlagen dürfen.“

Bei der Begründung der neuen Flottenforderungen weisen die russischen Rüstungstreiber vor allem auf die neuen Flottenbauten in Oesterreich hin, wo zurzeit 4 neue Ueberdreadnoughts gebaut werden. Es wird auch auf die verstärkte Seemacht Rumaniens und Griechenlands und auf die Schwäche der Türkei hingewiesen, die es dem russischen Marineministerium zur Pflicht machen, die Schwarze- Meer- Flotte bedeutend zu verstärken. Allerdings wird auch von amtlicher Seite zugegeben, daß der Bau der russischen Kriegs- schiffe und Geschütze auf den russischen Werften und Werken nur langsam vorwärtsschreite, dies wird aber die russische Re- gierung sicherlich nicht abhalten, mit ihren neuen Milliarden- forderungen hervorzutreten, die angeblich von der Großmacht- stellung Rußlands gefordert werden.

Letzte Nachrichten.

Metallarbeiterstreik in Köln a. Rh.

Köln a. Rh., 15. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei der Firma Humboldt wurden in der Gießerei etwa 20 Arbeiter entlassen, worauf heute nachmittag 4 Uhr fast die gesamte Arbeiterschaft jener Abteilung — etwa 400 Mann — die Arbeit niederlegte. In einer unmittelbar darauf stattgehabten Ver- sammlung der Ausständigen ermahnte die Führerschaft der chris- tlichen und der freien Gewerkschaften die Arbeiter, morgen früh die Arbeit wieder aufzunehmen. Erst nachdem die Gewerkschaften bei der Firma um Wiedereinstellung der Arbeiter vorstellig geworden, sollen bestimmte Beschlußfassungen herbeigeführt werden. Die Firma Humboldt soll ersucht werden, falls Arbeitsmangel vorliegt, eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen und die entlassenen Arbeiter wieder einzustellen.

Schweres Bergwerksunglück im belgischen Kohlenrevier.

Lüttich, 15. Oktober. (B. G.) In dem Kohlenbergwerk Sigbonniers bei Seraing ist ein Schacht eingestürzt, wobei sechs Bergleute verschüttet wurden. Sofort einsetzenden Rettungsarbeiten gelang es, drei der Verschütteten schwer- verletzt ans Tageslicht zu bringen, während drei der Verun- glückten getötet wurden.

Die bekämpfte amerikanische Zollbestimmung.

Washington, 15. Oktober. (W. T. W.) Nach einer Besprechung, die Underwood im Weißen Hause hatte, ist bekannt geworden, Prä- sident Wilson teile Underwoods Ansicht, die Streitfrage wegen des fünfprozentigen Zollrabattes für Waren, die auf amerikanischen Schiffen eingeführt werden, ließe sich besser auf diplomatischem Wege erledigen, als durch Aufhebung oder Aenderung der betreffen- den Tarifbestimmung; übrigens würde diese Frage nicht zu einem Zollkriege führen, da ja viele andere Länder derartige Unterschiede zugunsten ihrer einheimischen Schifffahrt machten.

Demonstration griechischer Unteroffiziere.

Athen, 15. Oktober. (B. G.) Vor dem Kriegsministerium ver- anstalteten 150 Unteroffiziere eine große Demonstration. Minister- prääsident Venizelos besah gegen die Demonstranten energisch vor- zugehen. Die Mehrzahl der Unzufriedenen wurde verhaftet und dem Kriegsgericht überliefert.

Postbeförderung durch Flieger.

Paris, 15. Oktober. (B. G.) Der Abolier Leutnant Ronin, der heute früh zum ersten Male in offizieller Mission mit Post- sachen nach Boullan aufgestiegen war, ist dort um 2 Uhr 15 Min. gelandet. Er kam gerade rechtzeitig, um die Postkiste dem vor Boullan liegenden Postdampfer nach England übermitteln zu können. Ronin übergab die Kiste dem Postdampfer „Veru“. Für diese Flugleistung erhielt er vom französischen Postminister Rasse ein Glückwunschtelegramm.

Warme Mäntel!

Mit einem Schlag ist der Ruf nach solchen laut geworden - mit einem Schlag steht unsere Firma wieder im Vordergrund des Interesses aller sachverständigen, klugprüfenden Damen.

Nicht nur die wohl einzigartige Auswahl zu allen Preislagen ist es, die uns immer neue Kunden zuführt, sondern vor allem unsere Sachkenntnis, die es ermöglicht, Ihnen selbst bei den allerbilligsten Kleidungsstücken dasjenige an moderner, eleganter Aufmachung zu bieten, wie Sie es sonst nur bei teurer Konfektion erwarten konnten.



Königstrasse 33
am Bahnhof Alexanderplatz
Chausseestr. 113
am Stettiner Bahnhof

Sonntags
geschlossen!

„Was sagen Sie zu diesen Mänteln?“

1. aus der unifarbene Coteléware typisch moderner Kimono-Schnitt und bequeme Taschen	2. ein vielbegehrter wunderschöner Astrachanmantel, hochelegant und äusserst kleidsam	3. ein praktischer Strapaziermantel aus molligem Flauchstoff, ganz modern verarbeitet
21.75	34.50	13.00

Wohnungs-Einrichtungen
Herren-, Speise- und Schlafzimmer, Klubsöfas, Klubsessel sowie einzelne Möbel liefern wir zu den billigsten Preisen innerhalb ganz Deutschland. Auf Wunsch kann der Kaufpreis auch in Monats- oder Quartalsraten zu garantierten Kassapreisen gegen mäßige Zinsvergütung getilgt werden. Man verlange den kostenlosen unverbindlichen Besuch unserer Vertreter. Strengste Diskretion. 5 Jahre Garantie. Kataloge werden nicht versandt. 169/2*

Möbelhaus Paul Süsskind & Co.
Berlin W, Potsdamer Str. 73, I. Et. (Hochb. Bülowstr.)
Mehrere gebrauchte, in Zahlung genommene Zimmer, sowie einzelne Möbel gelangen zu spottbilligen Preisen zum Verkauf.

Garantiert Kassapreise!
Garantiert Kassapreise!

Miet-Pianos
6 Mark

pro Monat an unter Anrechnung der Miete bei späterem Kauf lt. Vereinbarung.
Bei Barzahlung höchsten Rabatt. Bei Teilzahlung kleinste Raten ohne jede Anzahlung.
Permanente Ausstellung von über 200 Pianos, Flügeln u. Harmoniums.
Pianohaus Krause,
Ansbacher Str. 1,
Ecke Kurfürstenstraße.

Petershagen,
10 Min. von Station Frederiksberg, am Wald, 3 Grundstücke für 800, 900 u. 950 M. abzugeben. Kleine Anzahlung. Lagerkarte 328 Postamt NO 43. 20845

Gardinen-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin S, Oranienstr. 158.
Wunderbare Neuheiten, Gardinen, Stores, Vitrages, Tüllbettdecken etc. in allen Stilart.
Portieren, Möbelstoffe, Tischdecken,
1 Posten reichgestickter **Erbstüll-Bettdecken mit Volant** à 335 485 (bisher 6 bis 8 M.)
Erbstüll-Stores mit Volant à 335 475 (bisher 6 bis 8 M.)
Spezial-Katalog
650 Abbildungen gratis u. franko

Residenz-Festsäle
Landsberger Str. 31
am Alexanderplatz.
Empfehle den geehrten Vereinen und Gewerkschaften meine Säle mit Bühne, 100-800 Personen fassend, zur Veranstaltung von Festlichkeiten.
A. Hanthey.

SINGER
Familien-Nähmaschinen sind die vollkommensten!
Neue Spezial-Apparate für den Hausgebrauch.
SINGER CO.
Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin, Leipziger Str. 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Nible's Festsäle Inh.: G. Rapp
W. 57, Dennewitzstr. 13. Fernspr.: Sturf. 2994.
Geschäfts-Übernahme.
Der Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern sowie den verehrl. Vereinen zur Nachricht, daß ich Nibles Festsäle, Dennewitzstr. 13, käuflich übernommen habe.
Während meiner erfolgreichen 14jährigen Tätigkeit als Verwalter der Konsumanstalten der Clemens u. Salze und der Carotti K.-G. glaube ich mir das Vertrauen der organisierten Arbeiter erworben zu haben und hoffe, dieses durch einwandfreie Geschäftsführung auch ferner zu erhalten, getreu meinem Grundsatze: „Für die Arbeiter das Beste.“
Säle für **Veranstaltungen und Festlichkeiten.** Bußtag, Lotterien, Sonntag und einige Sonnabende sind noch frei.
Reden **Donnerstag und Sonntag: Großer Ball.**
Rendezvous der Sportgenossen!
Georg Rapp.

BEBEL-BÜSTE

Der Bildhauer JULIUS OBST-Berlin hat eine Büste von AUGUST BEBEL geschaffen, deren Generalvertrieb die Buchhandlung Vorwärts Berlin übernommen hat.

Die Büste ist in vier Größen vorrätig:
Größe 1, 80 cm hoch Preis 20 Mark
Größe 2, 60 cm hoch Preis 15 Mark
Größe 3, 40 cm hoch Preis 8 Mark
Größe 4, 20 cm hoch Preis 2.50 Mark

Größe 1 eignet sich zur Dekoration von großen Sälen - Größe 2 ist für kleinere Säle, Vereinszimmer, Partei- und Gewerkschaftsbureaus bestimmt

Die Größen 3 und 4 sind besonders als Schmuck für Arbeiterwohnungen gedacht

Die Abgüsse der vom Bildhauer Julius Obst modellierten Büste tragen ein Schild: Buchhandlung Vorwärts Berlin, worauf wir zu achten bitten.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstraße 69.

Wer ein Zigarrengeschäft neu einrichtet, wende sich vertrauensvoll an die bekannte Firma **Carl Röder, Berlin, Grüner Weg 119.** (Königsplatz 2861.)

Alle bekannten **Tabake** (Kapitan, Gänswasser, Grimm u. Triepel, Kopenhagener Kautabak usw., Kapitan-Rauchtabak, v. Eicken, Hamburg, Odenkott, Goldfarb Schnupftabak und andere; stets frisch.

Zigaretten, denkbar größte Auswahl zu billigsten Fabrikpreisen: Josen, Garbath, Sal. Meitum, Manoli, Problem, Oesterr. Regie, Russische und viele andere Sorten.

Zigarren, nur Ia Qualitäten, welche seit Jahren in vielen hunderttausend Geschäften bestens eingeführt sind, in jeder Preislage.

Ohne Anzahlung

liefern an jedermann
Möbel auf Kredit
bei Zahlung einer Monatsrate laut Vereinbarung u. bequem, Abzahl. komplette **Wohnungs-Einrichtungen** sowie einzelne **Möbelstücke, Polsterwaren, farb. Küchen, Gardinen,** Lein- u. Bettwäsche, Steppdecken, Portieren, Betten, Kronen, Kinderwagen usw. **Garderobe für Herren, Damen u. Kinder** Pelze, Stolas, Muffen
Größte Auswahl neuester Fasson

S. DORN, Weinmeisterstr. 9
Ecke Alte Seebühnenstr.

Gewerkschaftliches.

Grenzstreitigkeiten und Kartellverträge.

Zu den unerfreulichsten Erscheinungen in der Gewerkschaftsbewegung gehören die Grenzstreitigkeiten, worunter der Streit über die Zugehörigkeit gewisser Arbeiterkategorien zu dem Agitationsgebiet der einen oder der anderen Gewerkschaft zu verstehen ist.

Der Zweck jeder Gewerkschaft ist es, den Berufsangehörigen möglichst günstige Arbeitsbedingungen zu verschaffen. Jede zur Erreichung dieses Zweckes unternommene Aktion richtet sich praktisch gegen bestimmte Betriebe.

Bedeutungsvoller als diese Grenzstreitigkeiten sind jene, die als eine Folge des Wachstums der Verbände der ungelerten Arbeiter zu betrachten sind. Die Entwicklung der Technik hat zur Folge, daß in den verschiedenen Berufsgruppen in steigendem Maße ungelernete und angelernte Arbeiter neben gelernten Arbeitern oder an deren Stelle beschäftigt werden.

Die Träger dieser Kämpfe sind nicht sowohl die Zentralvorstände, als vielmehr die örtlichen Funktionäre der Verbände. In ihrem Eifer, der Organisation eine recht große Zahl von Mitgliedern zuzuführen, überschreiten sie recht häufig die Grenzen ihres Agitationsgebietes.

lich, und wird dabei, was aller Mahnungen ungeachtet nicht selten vorkommt, der niedrigere Beitrag der Verbände der Ungelernten als Lockmittel benützt, dann wird der Organisationsgedanke geradezu diskreditiert.

Um den Grenzstreitigkeiten vorzubeugen, hat der im Jahre 1908 in Hamburg abgehaltene Gewerkschaftskongress gewisse Richtlinien aufgestellt und den Abschluß von Kartellverträgen zwischen den einzelnen Verbänden empfohlen.

Größere Bedeutung hat der kürzlich zwischen den Verbänden der Fabrikarbeiter und der Holzarbeiter abgeschlossene Kartellvertrag, dem langwierige Verhandlungen vorausgegangen sind, der aber die schwierige Aufgabe, die beiderseitigen Agitationsgebiete gegeneinander abzugrenzen, in mühsamer Weise löst.

Der umfangreiche Kartellvertrag umschreibt nicht nur die Grenzen des Agitationsgebietes der beiden Verbände, er nimmt auch durch Schaffung von Uebergangsbestimmungen Rücksicht auf die bestehenden Zustände und sichert durch entsprechende Vorschriften für die Zukunft ein einträchtiges Zusammenarbeiten zwischen den Funktionären der beiderseitigen Verbände.

Berlin und Umgegend. Erpreßer-Taktik.

Im Berliner Caféhausegewerbe ist es den Angestellten gelungen, die Mehrheit ihrer Kollegen freiwillig zu organisieren. Die daneben bestehende „aeltte“ Vereinigung, der „Schwimmende Sarg“, hat fast gar keine Bedeutung.

schäftigen! Man traut also den Behörden zu, daß diese ihre Stellungnahme gegenüber dem Unternehmer davon abhängig macht, welcher Art Leute er beschäftigt.

Deutsches Reich.

Vom Terrorismus in den Innungen.

Einen lehrreichen Einblick in das Treiben gewisser Scharmacher, besonders in einer Zeit, in der sie nach Ausnahmegesetzen gegen die Organisationen der Arbeiter schreiben, bietet folgendes herausgegebene Zirkular der Maler-Innung zu Essen a. d. Ruhr:

Werter Herr Kollege!

In letzter Zeit ist die Zahl der unpfändbaren auffällig und übermäßig gestiegen. Wenn auch zu einem Teil die wenig günstige Lage unseres Gewerbes, vor allem der letzte Streik, die Schuld daran tragen mögen, so besteht doch wohl auch mit Recht die Vermutung, daß manche unserer Kollegen sich absichtlich und ohne Grund der Erfüllung ihrer Zahlungspflicht gegenüber der Innung zu entziehen suchen.

J. S. des Vorstandes

gez. Hr. Karrenbrock, J. V.: Dr. Osfenbach, Obermeister, Innungsverwaltung.

So benützt das Unternehmertum die ihm vor den Arbeitern gewährten gesetzlichen Vorrechte der zwangswweisen Organisation, um seine Interessen rücksichtslos zu wahren. Erst haben die Malerzweiginnungen durch ungesetzliche Beschlüsse die Malermeister in einen für sie opferreichen Kampf des Unternehmerverbandes gegen die Gehilfenorganisation terrorisiert; nun sie dadurch wirtschaftlich zugrunde gerichtet sind, erhalten sie von ihrer Innung den mit „strengster Instruktion“ versehenen Gerichtsvollzieher ins Haus geschickt, in den Innungsverfammlungen werden die Namen der zum Bankrott getriebenen unpfändbaren Malermeister verlesen, und die Behörden werden aufgefordert, ihnen durch Entziehung ihrer Aufträge den Gnadenstoß zu verlesen.

Die Leipziger Fürstenfeier am 18. Oktober.

Je näher der kritische Tag des 18. Oktober kommt, an dem in Leipzig die deutschen Fürsten und etliche ihrer „vielliebten Vettern“ aus dem Auslande die Befreiung ihrer Ämnen von der eisernen Faust des Korfen feiern, desto mehr packt die Bourgeoisie — und namentlich die Leipziger — der patriotische Zauber. Die gute Stadt Leipzig wird „festlich geschmückt“, natürlich auf Kosten der Steuerzahler.

In den Straßen baut man Bogen und Säulen, richtet Fahnenmasten und behängt alles mit Lannengrün. Die Festfieder und Kochdreher haben gute Tage; denn was gut patriotisch denkt, wird am Abend des 18. Oktober illuminieren. Wichtigt rührt die bürgerliche Presse die Trommel, damit an dem „großen Tage“ auch die nötige Zahl der Wasser nicht fehle. Und in der Sorge, daß nicht die genügende Anzahl Erwachsener aufzutreiben ist, sollen sogar die schwachsinnigen Kinder mit ins Spalier; denn der Direktor der Hilfsschule für Schwachbegabte hat seine Pöglinge aufgefordert, auch ihr Teil zum Gelingen des großen Tages beizutragen.

Aber wie sonst, so auch hier: die Tatsachen strafen alle schönen Medensarten Lügen, diesmal wohl wichtiger als sonst. Denn in Wirklichkeit ist das Volk von der Feier der Denkmalsweihe vollständig ausgeschlossen, und zwar polizeilich. Die Feier ist lediglich eine Feier der Fürsten und eines Nebenmal gefiechten Publikums aus den Schichten der oberen Rehtausend, die für einen Tribünenplay über 100 Mark (hundert) zahlen können.

arte verfügt. Die Grenze dieses Sperrgebietes bildet ein dichter Kordon Polizei und Kavallerie, und von morgens 7 Uhr ab ist am 18. Oktober im Sperrgebiet jeder Verkehr untersagt. Weder Straßenbahnen noch Fuhrwerk noch Fußgänger dürfen sich dann in ihm bewegen. Das schönste aber dabei ist: die Bewohner der im Sperrgebiet gelegenen Häuser werden unter Polizeiaufsicht gestellt.

Alle diese Vorsichtsmaßnahmen genügen jedoch der um das Wohl und Befeh der hohen, höchsten und allerhöchsten Herrschaften besorgten Leipziger Polizei noch nicht. Wer kann wissen, ob doch nicht irgendein Attentäterich an einer solchen Versammlung Auserwählter seinen besonderen Gefallen findet, vielleicht die vom Hauptbahnhof nach dem Denkmal führende Feststraße zu seiner „Arbeit“ ausersehen hat? Doch die Leipziger Polizei wußte sich zu helfen. Was in dem Sperrgebiet zweckmäßig ist, wird auch auf der Feststraße dienlich sein.

Aber auch das genügt noch nicht. In der Zeit des Flugweiens und bei der Fertigkeit, die heute schon militärischerseits im Bombenwerfen von oben erworben worden ist, wäre vielleicht ein praktisches Experiment nicht ausgeschlossen. So verfügte denn die königliche Amtshauptmannschaft zu Leipzig, daß am 18. Oktober von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags Luftfahrzeuge aller Art das Ueberfliegen des Weichbildes der Stadt Leipzig verboten ist.

So hätte denn nach menschlichem Ermessen die treuforgende Polizei alles getan, was im Interesse der Feste feiernden Fürsten getan werden konnte? Nein, eins fehlt noch: die richtige polizeilich vorgegebene „Vegeisterung in allen Schichten der Bevölkerung“. Zwar gaben sich seit Wochen und Monden die bürgerlichen Zeitungsschmierer alle Mühe, diese Stimmung hervorzuzaubern, aber — die III Sozialdemokraten sind auch noch da und sehr lebhaft dabei, dem arbeitenden Volke zu zeigen, was es mit diesem „Jubeljahre“ auf sich hat.

So trug der Rat der Stadt Leipzig auf seine Weise mit dazu bei, daß die Demonstrationsveranstaltungen ihren Zweck erfüllten: Demonstrationen zu sein gegen eine verlogene Feier, die offiziell zu einem Volksfeste gestempelt wird, in Wirklichkeit aber nichts anderes als eine Feier der Fürsten ist zur Erinnerung an die Tage, da ein Volk in Waffen den einen Fremdherrscher zu Boden rang, um sich schließlich eine andere Fremdherrschaft aufzuladen.

Kampfrüstungen der Baugewaltigen.

Raum sind die zentralen Verhandlungen für das Baugewerbe beendet und noch lange nicht sind die davon betroffenen Tarifverträge in allen Bezirken unter Dach und Fach gebracht und schon sind die Gewaltigen vom Bau wieder an der Arbeit, meneteleind mit unbedingten Forderungen sozialdemokratischer Gewerkschaften ihre Kräfte zu stellen, sich auf die im Jahre 1912 beginnenden „Lohnkämpfe“, nicht Tarifverhandlungen, vorzubereiten. Ein Geheimrat, das der „Zimmerer“ der Öffentlichkeit unterbreitete, gibt davon Kunde. Dasselbe zeigt aber auch, daß die Schachtmader im Baugewerbe weit davon entfernt sind, das Tarifvertragsverhältnis als ein dauerndes aufzufassen und sich mit den Gewerkschaften auf friedlichem Wege zu verständigen.

Wir wollen es uns eripieren, das Firular in seinem vollen Umfange zu bringen; nur die markantesten Stellen seien daraus hervorgehoben.

Es sagt wird in dem Schreiben, daß von der „Allgemeinen Streikentschädigungsgesellschaft für das Baugewerbe“, 514 Straßburg i. E. verhandelt ist, daß sich der Gesellschaft, die erst im Dezember vorigen Jahres ins Leben gerufen ist, 92 Mitglieder angeschlossen haben, die sich auf Elsaß-Lothringen, Baden, Oberbayern, Mitteldeutschland und das Saargebiet verteilen.

Der Zweck ist nach § 2 der Satzungen, die wirtschaftlichen Folgen von unvernünftigen Arbeitsverhältnissen, seien es Streiks oder Ausperrungen, zu mildern, indem die Gesellschaft ihren Mitgliedern die dadurch entstehenden Verluste zu tragen hilft.

Nicht nur bei partiellen Streiks und Ausperrungen, sondern auch bei solchen, die genereller Natur sind, werden die Mitglieder unterstützt.

Zum Zwecke einer größtmöglichen Garantie hat sich die „Allgemeine Streikentschädigungsgesellschaft für das Baugewerbe“ der Rückversicherungsgesellschaft der deutschen Arbeitgeberzentrale als Mitglied angeschlossen. Da diese Rückversicherungsgesellschaft die ganze Industrie des Deutschen Reiches gestützt wird, können wir bei den großen Lohnkämpfen, die uns in der Zukunft erwarten, unseren Verpflichtungen voll und ganz genügen.

Wir wenden uns heute noch an Sie, sehr geehrter Herr Kollege, mit der dringenden Aufforderung, treten Sie sofort unserer Gesellschaft bei. Schon in drei Jahren werden die Lohnkämpfe wieder beginnen. Jetzt, in der Zeit des Friedens, müssen wir uns entwickeln und alle unsere Kräfte anspannen, um für alle Eventualitäten gewappnet zu sein und den unberechtigten Forderungen sozialdemokratischer Gewerkschaften mit Erfolg entgegenzutreten.

Veräumen Sie daher nicht, sehr geehrter Herr Kollege, jetzt sofort der „Allgemeinen Streikentschädigungsgesellschaft für das Baugewerbe“ beizutreten; denn keiner von uns kann voraussehen, wann er in die Lage kommen kann, aus diesem Anschluß Nutzen zu ziehen.

Mit kollegialem Grusse!

Allgemeine Streikentschädigungsgesellschaft für das Baugewerbe.
H. Orion, prob. erster Vorsitzender.

Ausland.

Löhne und Arbeitszeit in Großbritannien.

London, 14. Oktober 1913. (Eig. Ber.)

Der 20. Jahresbericht des englischen Handelsamts über Löhne und Arbeitszeit, dessen Angaben auf den Verträgen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ruhen, gibt an, daß die Löhne in Großbritannien seit der letzten Depression (1908/09) beständig gestiegen sind. Die Bewegung war bis zum Mai 1912 langsam und setzte dann rascher ein. 1818 000 Arbeiter erzielten zusammen im Jahre 1912 eine wöchentliche Lohnerhöhung von 189 000 Pfund; da aber die meisten Lohnerhöhungen erst in der zweiten Hälfte des Jahres eintraten, war der Gesamtgewinn der Arbeiter nur gegen 3 Millionen Pfund. Die Löhne von 927 000 Bergarbeitern stiegen um 77 000, die von 341 000 Textilarbeitern um 15 000 Pfund, die von 190 000 Maschinenbauern und Werftarbeitern um 11 000 Pfund, und die von 85 000 Bauarbeitern um 8000 Pfund die Woche. Auf dem Wege des Einigungsverfahrens und der Schiedsgerichte wurden 52,4 Proz. durch direkte Verhandlungen 44,1 Proz. und durch gleitende Lohnskalen 3,5 Proz. der Lohnveränderungen bewerkstelligt. 1 755 812 Arbeiter (96,6 Proz.) erzielten eine Lohnzulage ohne Arbeitszeiteinstellung, während 62 428 Arbeiter (3,4 Proz.) eine Lohnerhöhung nach der Arbeitszeiteinstellung erhielten.

Die Aufwärtsbewegung der Löhne hielt auch in den ersten acht Monaten des Jahres 1913 an. Von 1 548 944 Arbeitern erzielten

alle außer 3500, deren Löhne reduziert wurden, eine Lohnerhöhung, deren Gesamtsumme sich in der Woche auf 145 724 Pfund belief. Mehr als die Hälfte der Lohnerhöhung fiel auf die Bergwerksindustrie.

Der Bericht bringt eine Tabelle, in der gezeigt wird, daß die Arbeitszeit der von diesen Aufstellungen erfaßten Arbeiter seit zehn Jahren beständig vergrößert worden ist. Für das Jahr 1912 wird von einer Vergrößerung der regelmäßigen Arbeitszeit von 105 317 Arbeitnehmern und von einer Verlängerung der regelmäßigen Arbeitszeit von 1013 Arbeitnehmern berichtet. Als Resultat des Wachstums in der Arbeitszeit der betroffenen Personen wird eine Vergrößerung der Arbeitszeit um 210 556 Stunden die Woche angegeben. Auch diese Bewegung hat in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres angehalten, für die eine Arbeitszeitvergrößerung von 155 853 Stunden die Woche verzeichnet wird, die 72 158 Personen betraf.

Die Moabiter „Petroleuse“.

Als vor drei Jahren der Moabiter Krawallprozess vor der Strafkammer begann, besand sich unter den zahlreichen Angeklagten auch Frau Ely Reinhardt. Sie wurde beschuldigt, vom Balkon ihrer Wohnung einen Blumentopf nach den auf der Straße befindlichen Schülern geworfen zu haben. Als dann der Polizeileutnant Seeger II mit mehreren Schülern in die Reinhardtische Wohnung drang, soll Frau Reinhardt mit einer brennenden Petroleumlampe

nach dem Polizeileutnant geworfen haben. Frau Reinhardt hat vom 3. Oktober bis 10. November 1910 aus Anlaß dieser Beschuldigung in Untersuchungshaft gesessen. Als sie damals bei Beginn der Strafkammerverhandlung auf der Anklagebank saß, bekam sie wiederholt schwere nervöse Anfälle und brach schließlich völlig zusammen. Nachdem der Gerichtsarzt die durch Krankheit verursachte Verhandlungsunfähigkeit der Frau Reinhardt festgestellt hatte, wurde ihre Sache von der Verhandlung gegen die übrigen Angeklagten abgetrennt. Die Krankheit der Frau Reinhardt ist eine sehr anhaltende und augenscheinlich auch sehr schwere, aber der krankhafte Zustand hatte für die gerichtliche Verfolgung der Frau Reinhardt nicht den günstigen Erfolg, den die Krankheit des Fürsten Eulenburg auf das Gerichtsverfahren gegen ihn nun schon seit vielen Jahren ausübt. Im Juni 1913 galt Frau Reinhardt dem Gericht als verhandlungsfähig. Ein Termin gegen sie wurde damals abgehalten, aber schließlich vertagt, um dem ärztlichen Sachverständigen Gelegenheit zu geben, sich weitere Unterlagen zu verschaffen zur Prüfung der Frage, ob Frau Reinhardt überhaupt zurechnungsfähig sei.

Am Mittwoch fand die erneute Verhandlung gegen Frau Reinhardt vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I statt. Die Angeklagte macht den Eindruck einer sehr nervösen Person. — Die Verhandlung begann mit der Vernehmung von vier ärztlichen Sachverständigen,

die Frau Reinhardt vor Jahren behandelt haben. Dr. Gulten hat Frau Reinhardt im Juli 1910, also kurze Zeit vor dem Tage der Tat, wochenlang behandelt. Sie litt damals an sehr schwerer Nerven Schwäche, sehr schweren melancholischen und hysterischen Zuständen. Dr. Gulten wollte die Frau Reinhardt damals in eine Heilanstalt überweisen, was sie aber ablehnte. Der Sachverständige hält es für sehr wahrscheinlich, daß die Angeklagte zur Zeit der Tat noch nicht gesund war und unter dieser Voraussetzung ihre freie Willensbestimmung wahrscheinlich ausgeschlossen, mindestens aber stark herabgesetzt war.

Dr. Ruff hat die Angeklagte im Februar 1908 wegen eines Falles an den Hinterkopf behandelt, der längere Bewußtlosigkeit und schwere nervöse Störungen zur Folge hatte. Der Sachverständige kennt die Angeklagte schon seit 12 Jahren. Er bezeichnet sie als leicht erregbar, hysterisch, an Bewußtseinsstörungen mit Krämpfen leidend, ein Zustand, der als epileptisch angesehen werden dürfte.

Dr. Wittkop, der die Angeklagte in den Jahren 1907 bis 1908 behandelt hat, ist der Meinung, daß sie damals seelisch völlig zusammengebrochen und für ihre Handlungen nicht verantwortlich zu machen war. Ueber den Zustand der Angeklagten im Jahre 1910 kann der Sachverständige nichts Bestimmtes sagen, er hält es aber für möglich, daß sie auch damals nicht über eine freie Willensbestimmung verfügte.

Dr. Junk, der die Angeklagte wegen eines Unterleibsleidens behandelt hat, kann über ihren seelischen Zustand nur sagen, daß

dieser durch das Unterleibsleiden ungünstig beeinflusst worden sein muß.

Ueber den

Tatbestand

selbst wurde folgendes festgestellt: Am fraglichen Tage, dem 27. September 1910, lagen die beiden Kinder der Frau Reinhardt krank zu Bett. Abends ging ihr Mann nach der Apotheke, um Medizin für die Kinder zu holen. Er kehrte zurück mit einer schweren Kopfweh, die ihm auf der Straße durch den Stößel eines Schuhmanns beigebracht worden war. Alles das muß natürlich die Frau Reinhardt stark erregt haben.

Kurz nach 10 Uhr abends ging eine Anzahl Schülern unter Führung des Polizeileutnants Seeger II durch die Waldstraße. Einer der Schülern sagte zum Leutnant, aus dem Hause Waldstraße 43 sei von einem drei Treppen hoch liegenden Balkon ein Blumentopf nach den Beamten geworfen worden. Darauf drang Polizeileutnant Seeger mit fünf Schülern, geführt und geleitet vom Hausverwalter Paternmann, in die Reinhardtische Wohnung. Als Frau Reinhardt mit einer brennenden Küchenlampe in der Hand die Korridortür öffnete, sah sie sich sechs Polizeibeamten mit blanken Säbeln in den Händen gegenüber. Polizeileutnant Seeger sagte Frau Reinhardt auf den Kopf zu, sie habe mit einem Blumentopf geworfen. Frau Reinhardt entgegnete:

Das ist nicht wahr. Wenn Sie das noch einmal sagen, werfe ich Ihnen die Lampe ins Gesicht.

Nun gingen die Beamten nach dem Balkon. Nach ihrer Meinung fehlte dort ein Blumentopf. Das schlossen sie daraus, daß sie zwischen den Blumentöpfen eine Lücke entdeckten, in der noch ein Topf gestanden haben könnte. Der Schuhmann, der gegeben haben will, daß derwurf vom Reinhardtischen Balkon kam, will auch wohl angenommen haben, daß es eine anscheinend weibliche Person in heller Kleidung gewesen ist, welche geworfen hat. Daß Frau Reinhardt ungefähr zur fraglichen Zeit auf dem Balkon gewesen ist, gaben andere Zeugen an. Mehr konnte bezüglich des Wurfes mit dem Blumentopf nicht festgestellt werden.

Als die Polizeibeamten die Wohnung wieder verlassen wollten, hat nach Angabe von einigen Beamten Frau Reinhardt die brennende Küchenlampe nach dem Polizeileutnant geworfen und einer der Schülern hat denwurf mit dem Säbel pariert, so daß die Lampe, ohne jemandem Schaden zu tun, zu Boden fiel und zerbrach. — Im Gegensatz zu dieser Darstellung, die auch durch das Zeugnis des Hausverwalters zum Teil gestützt wird, behauptet Frau Reinhardt, sie habe die Lampe nicht geworfen, sondern dieselbe sei ihr aus der Hand gefallen, weil einer der Schülern sie an die Wand gedrückt habe. Sie selbst habe dann einen Ohnmachtsanfall bekommen und sei niedergeknien. Einer der Schülern habe beim Weggehen zu ihr gesagt:

„Alte dicke Sau, ich streiche Dir den Säbel durch die Halsbannen.“

Darauf habe sie gerufen:

„Ich bin keine Sau.“

Von dieser rohen Schimpferei eines Schuhmanns will keiner der anwesenden Beamten etwas gehört haben. Dagegen haben Hausbewohner erzählt, daß Frau Reinhardt den weggehenden Beamten nachrief: „Ich bin keine Sau.“ — Die Wahrscheinlichkeit spricht also dafür, daß diese Aeußerung die Abwehr einer entsprechenden vorangegangenen Beschimpfung gewesen sein muß.

Daß Frau Reinhardt nach dem Fall der Lampe umgefallen ist, steht ohne Zweifel fest. Die Polizeibeamten hielten das aber für einen

fingierten Ohnmachtsanfall,

was Polizeileutnant Seeger durch die an Frau Reinhardt gerichteten Worte bekräftigte:

„Machen Sie man keine Reue.“

Anscheinend wollte auch die Staatsanwaltschaft den Nachweis führen, daß Frau Reinhardt krankhafte Anfälle heuchele und anderen Personen gegenüber sich zu demwurf mit dem Blumentopf belannt habe. Mehrere Zeugen, die wahrscheinlich auf Grund anonym, bei der Staatsanwaltschaft eingegangener Zuschriften gefaßt worden sind, sollten nach dieser Richtung hin Angaben machen. Sie wußten jedoch außer nicht zur Sache gehörendem Matsch gar nichts zu sagen.

Den Schluß der Beweisaufnahme machte das Gutachten des gerichtlichen Sachverständigen, Professor Dr. Strauch. Gestützt auf seine wiederholten Untersuchungen der Angeklagten und den Ergebnissen der Verhandlung, sagte der Sachverständige: Die Angeklagte leide an schwerer Hysterie und nervöser Schwäche. Für die

Kleines feuilleton.

Des Königlich preussischen Porzellans Jubiläum. Wir feiern in diesem Jahre viel zu wenig Gedenktage. Also hat sich kürzlich einer von den diversen schriftstellernden Majoren a. D. bellagt. In einem rechts stehenden Blatte natürlich. — Der Herr mag sich freuen. Dafür ist nicht übersehen worden, daß es in diesen Tagen ja schon 150 Jahre her sind seit dem Geburtstage des Königlich preussischen Porzellans. Der Kaiser wird diesem tönernen Ereignis durch seine Anwesenheit die Weihe geben, und Moses Weltblatt hat bereits in richtiger Erkenntnis des Angebrachten einem Degerenten der Königlich preussischen Porzellanmanufaktur höchstselbst die Spalten für einen historischen Rückblick aufgetan.

Ein solcher könnte ganz interessant sein — als kulturhistorische Exkursion in jene Zeiten hinein, wo König Friedrich II. von Preußen sich (mitten zwischen den Katastrophen des Siebenjährigen Krieges) dem Ehrgeiz hingab, den Sachsen ihr Meißen in Berlin nachzumachen. — auch eine „Königliche Porzellanmanufaktur“ zu gründen. Was ihm nachher nicht so sehr schwer fiel, weil er dazu nur eine anzulaufen brauchte, die der Kaufmann Gogolowski in der Leipziger Straße bis zur Pleite betriebene hatte.

Wie gesagt — das könnte kulturhistorisch ganz interessant sein. Der Degerent in der Königlich preussischen Porzellanmanufaktur hat in seinem Tageblatt-Artikel nur leider gerade die amüsantesten Details aus seiner Historie weggelassen.

Friedrich II. war bekanntlich so aufgereggt, daß er seinen Nachfahren heute noch manchmal zum schmerzlichen Gedenken gedehlt, und daß er, wenn er heute unerkannt ohne Krone wiederläme, wegen Gotteslästerung und dergleichen Sachen sicherlich mehr als einmal nach Moabit geladen würde. Aber er ließ auch gerne und überzeugt mit dem absolutistischen Kräftchen drein. Und für die Erhöhung der Rentabilität seiner Porzellanfabrik hatte er ein paar probate Mittel an der Hand.

Die Juden mußten ran.

Wenn Salomon Weisheitstod in Älstrin heiraten wollte, so hatte er zur Erlangung des Rosenfies für 150 oder auch 250 Taler Königlich preussisches Porzellan zu kaufen. Ebenso, wenn er ein Geschäft aufmachen wollte. Als Abel Levin Tolengraber in Freientalwale werden wollte, kostete ihn die Konzeption 27 Taler — für Porzellan. Und so fort. Wenn Heinrich IV. von Frankreich jedem seiner Bauern ein Sonntagshuhn in der Topf wünschte — so wurde er von Friedrich II. von Preußen weit übertrumpft. Der sorgte dafür, daß seine (jüdischen) Untertanen zum Sonntagshuhn gleich ein Service Königlich preussisches Porzellan hatten.

Und nicht nur eines. Manchmal war's auch ein ganzes Warenlager. So, wenn die Generalquader der Lotterien für ihre Konzeption gleich für 5 bis 9000 Taler, oder ein großes Vermögen, sich Porzellan zulegen mußten. Das durften sie dann bei Strafe nicht einmal in Preußen, sondern nur im Ausland verlaufen! Das preussische Weid mit absolutistischen Zwangsmitteln im Lande festzuhalten und ausländisches durch Warenverkauf nach Preußen hereinzulassen, nach diesem merkantilistischen Prinzip wurde gewirtschaftet. Das Königlich preussische Porzellan sollte sich mit Gewalt rentieren.

Man sieht — es war damals auch für einen König nicht ganz so einfach, Besitzer einer Porzellanfabrik (und noch dazu des Monopols daraus) zu sein.

Heute sind das natürlich alle Kamellen.

Heute wird niemand mehr gezwungen, wenn er heiraten oder Moabiter werden will, etwa — Cabiner Kacheln zu kaufen. Umgekehrt: Die Cabiner Fabrik kann, wie man freudig hört, gar nicht genug produzieren, um alle die lokalen Aktiengesellschaften zu befriedigen, denen nun einmal partout keine andere Mojolita gefällt.

Heute gibt's auch keine Ernennungen und Heiratskonflikte mehr für die Käufer, sondern höchstens einen Besuch der also geschmückten Räume — ein bisschen Gratiseffekte . . . nicht der Rede wert.

Freilich hat wir auch um die Jubiläumstrennung von anderthalb Jahrhunderten weiter.

Byzantinischer Baumstempel. Die Erriete Bürgererschaft ließ dieser Tage einen herrlichen alten Baum, der den Dompfah, ihre schönste öffentliche Anlage, zierte, niederhauen. Warum? Eine Schar patriotischer Sängere wollte vom Kaiser bis auf den letzten Mann gesehen sein.

Aber kaum lag der Baum am Boden, als die Nachricht kam, das Hofmarktskallant habe die Singerei vom Programm gestrichen. Vergesslich ließ sich die abgeschobene Gesellschaft die Söhnen ab: es blieb bei dem Strich, und nur der umgehakte Baum bezeugte den traurigen Ruhm eines eitlen bürgerlichen Sängerbürgerbürgers.

Wo der Baum auf dem Dompfah stand, sollte ein Denkstein angebracht werden, der dafür sorgt, daß die schmachliche Tat nicht vergessen wird. Einsteilenen sorgt wohl der baumverbraute Fleck des Platzes für das Nötige. Aber er wird bald nicht mehr genügen.

Die hungernden Pestbekämpfer. Aus St. Petersburg wird uns geschrieben: Im Jahre 1912 entschloß sich die russische Regierung, auf das Drängen der Behörden von Astrachan tief in der Kirgisensteppe, weit westlich von dem letzten bewohnten Punkt, eine medizinische Station zum Kampfe gegen die Pest zu errichten. Ein kleines Krankenhaus mit einer Wohnung für das ärztliche Personal wurde gebaut, und da der Gouverneur diesmal ausnahmsweise die Sache mit Dampf betrieb, so war der Bau noch im Spätherbst unter Dach und Fach gebracht. Aber mit russischer „Gründlichkeit“ war schlecht gebaut worden. Die Räume waren durch und durch feucht. Der Wintersturz hielt noch alles zusammen. Aber als die warme Frühlingssonne zu scheitern begann, da fielen die schlechthetrotznen, nicht gebrannten Ziegel einfach auseinander. Die Wandschichten, die Front der Arztwohnung, die Decken, alles brach zusammen. Die Wände drohten einzustürzen. Die Ärzte sandten sofort Nachricht nach Astrachan und baten um Abhilfe. Sie reichten Klage über Lage ein und beschworen die Behörden, die Sache nicht auf die lange Bank zu schieben. Schließlich wurden denn auch wirklich einige Ausbesserungen vorgenommen. Ja, eine Kommission aus Petersburg kam, sah sich die Sache an und versprach schleunigst Abhilfe. Aber nichts geschah, die Ärzte hörten nichts mehr, und statt der Abhilfe blieben sogar die Lebensmittel aus, so daß die Leute hungernd unter dem Hunger zu leiden hatten. Seit fünf Monaten hatten sie jetzt von der Pestkommission keine Nachrichten mehr erhalten, und da sie nicht dauernd von den öffentlichen Erzeugnissen des Landes zu leben vermochten, sandten sie einen Notschrei in die Welt hinaus, der denn auch nicht ungehört verhallte. Der Gouverneur von Astrachan ließ für sie 500 Rubel anweisen. Also geschahen im Reiche des Wäterschen Jar und laum erstaunlich.

Notizen.

— Die Rektoratsrede des Rchiffers. Der neue Rektor der Berliner Universität, Prof. Dr. R. Pland, trat

sein Amt mit einer Rede an, in der er über die neue Entwicklung der physikalischen Erkenntnis sprach.

Die großen allgemeinen physikalischen Prinzipien, so besonders der Satz von der Erhaltung der Energie, das Prinzip der Erhaltung der Bewegungsgröße, das Prinzip der kleinsten Wirkung, die Hauptsätze der Wärmetheorie sieben unerschütterlich und sind in ihrer Bedeutung noch gewachsen. Gewisse, nur gewohnheitsmäßig festgehaltene Annahmen aber sind entwirrt worden, so vor allem die Unveränderlichkeit der chemischen Atome, dann die gegenseitige Unabhängigkeit von Raum und Zeit, und endlich die Stetigkeit aller dynamischen Wirkungen, die bisher als eine unbestrittene Voraussetzung aller physikalischen Theorien galt.

Wichtige Forschungen gerade haben zu der Vorstellung geführt, daß es Veränderungen in der Natur gibt, die nicht stetig, sondern explosionsartig verlaufen.

— Theaterchronik. Die heitere Residenz, das neue Lustspiel von Georg Engel, gelangt im Deutschen Schauspielhaus am Dienstag, den 21. Oktober, zur Erstaufführung.

— Musikchronik. Generalmusikdirektor Leo Blech wird am 21. November im großen Saale der Philharmonie ein Sinfoniekonzert des Berliner Philharmonischen Orchesters dirigieren. Solistin dieses Abends ist Melanie Kurt. — Ueber die Romantische Bewegung in der Musik spricht im Wissenschaftlichen Zentralverein Humboldt-Akademie Dozent Gustav Ernst, am Sonnabend, den 18. Oktober, abends 8 Uhr, in der Aula, Georgenstraße 30/31. Der Eintritt ist frei.

— Die internationale Tuberkulose-Konferenz, die am nächsten Mittwoch im Berliner Abgeordnetenhaus eröffnet wird, ist verbunden mit einer Ausstellung von Gegenständen, die sich auf die Tuberkulose-Propaganda beziehen. Eine dreisprachige Festschrift „Zehn Jahre Internationale Tuberkulose-Arbeit“ wird veröffentlicht.

— Chinesische Afrikafahrten. Aus chinesischen Annalen wird neuerdings, wie die Zeitschrift des Berliner Vereins für Erdkunde mittelt, auf einen bis dahin unbekanntem Seereise zu Beginn der christlichen Zeitrechnung zwischen China und Abessinien geschlossen. Die Strecke wurde in Küstenschiffen in zehn bis zwölf Monaten zurückgelegt.

— Ein Pilgigt-Serum. Der Chemiker Oliviero zu Paris will aus dem Hammelblut ein Serum gewonnen haben, das erfolgreich gegen Pilgigt wirkt.

— Das Problem der Drinoco-Quellen ist noch ungeklärt. Dr. Th. Roth behauptete auf seiner in den letzten zwei Jahren veranstalteten Reise durch Nordbrasilien die Wäterschilde zwischen Drinoco und Amazonenstrom und bestieg den 2000 Meter hohen Kojoma, der unzählige Wasseradern zum Amazonas, Essequibo und Drinoco hinabstend und bei den Indianern „ewig fruchtbare Mutter der Ströme“ heißt. In der Berliner Gesellschaft für Erdkunde sagte Roth in seinem Reisebericht, nur eine mit großen Mitteln ausgerüstete Reise könne das Problem der Drinoco-Quelle klären, er trat dafür ein, Brasilien und Venezuela sollten je eine große Expedition ausschicken, die in Bälung miteinander arbeiten müßten.

— Artistische Ansichtspostkarten sollen am höchsten Breitegrad, den Amundsen auf der neuen Franzfahrt erreichen wird, mit einem besonderen Postaufdruck abgestempelt werden und bei der Rückkehr der Expedition von der ersten erreichten Poststation an ihre Adressen abgehen. Die Karten kosten je 1 R. und sollen die Kosten der Ausrüstung der Fram decken helfen.

Annahme, daß sie sich verstellte, sei kein Anhalt gegeben. Der Krankheitszustand sei durch objektive Merkmale festgelegt. Solche Kranke seien leicht erregbar, aber die freie Willensbestimmung im Sinne des § 51 werde durch die Krankheit der Angeklagten nicht ausgeschlossen.

Der Staatsanwalt beantragte wegen zweier Fälle des tätlichen Angriffs auf Beamte eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn, führte aus: Die Täterschaft der Angeklagten bezüglich des Wurfs mit dem Blumentopf sei keineswegs festgelegt. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme bleibe die Möglichkeit offen, daß irgend jemand anders aus einer anderen Wohnung geworfen habe. Was den Wurf mit der Lampe betreffe, so müsse ja dem Sachverständigen zugegeben werden, daß sich die Angeklagte nicht im Zustande der Bewußtlosigkeit befunden habe, aber man müsse doch nach den Verurteilungen der Sachverständigen annehmen, daß sich die Angeklagte zur Zeit der Tat in einem Zustande befunden habe, der die freie Willensbestimmung aufhob. Der § 51 müsse hier also Anwendung finden und die Angeklagte freigesprochen werden.

Während der Rede des Verteidigers bekam die Angeklagte wieder einen Anfall von hysterischen Krämpfen, wie sie ihn zu Beginn des Prozesses im November 1910 mehrmals im Gerichtssaale durchgemacht hat. — Nach einer viertelstündigen Pause hatte sich die Angeklagte soweit erholt, daß die Verhandlung fortgesetzt werden konnte.

Nach sehr kurzer Beratung des Gerichts verkündete der Vorsitzende das

Urteil

dahin: Es steht nichts der Annahme entgegen, daß die Angeklagte mit einem Blumentopf nach den Beamten geworfen hat und daß sie Ursache hatte, erregt zu sein. Auch unbedenklich ist die Annahme, daß sie mit der Lampe geworfen hat. Daß sie dabei in Ohnmacht fiel, nimmt das Gericht nicht an. Als strafmildernd kommt die krankhafte Erregung der Angeklagten in Betracht. Es ist deshalb erkannt auf eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten, wovon ein Monat durch die Untersuchungshaft verbüßt ist.

Man erinnere sich des Stettiner Schwurgerichtsurteils, welches einen Streifbrecher freisprach, der erwiesenermaßen einen Streifen mit voller Absicht erstochen hat. Man halte daneben das Urteil, durch welches eine im höchsten Grade nervenranke Frau ins Gefängnis geschickt wird, weil sie bei einer erregten Auseinandersetzung mit Schülern eine Lampe hinwarf, ohne jemandem Schaden zu tun. Und dann frage man sich: Haben wir eine Klassenjustiz oder nicht.

Kommunale Wahlbewegung.

Nachdem die Berliner Kommunalwahlbewegung am Sonntag durch die Verbreitung von Flugblättern eröffnet worden war, wurde sie am Dienstag durch die Abhaltung einer Reihe von öffentlichen Kommunal-Wählerversammlungen fortgesetzt.

Für den

7. und 8. Kommunal-Wahlbezirk

fand eine Versammlung im „Höfjägerpalast“ in der Hainstraße statt.

Das erste Referat hielt Stadtverordneter Johannes Sahn nach. Er zeichnete zunächst ein treffendes Bild der „Schönheiten“ unseres kommunalen Wahlrechts mit seiner Klasseneinteilung, dem Hausbesitzerprivileg und der öffentlichen Abstammung. Dabei hob er auch hervor, daß im Auslegungsweg den „Schlafhürchen“ das Wahlrecht abgeprochen werde, weil ihnen die Voraussetzung der Selbstständigkeit im Sinne der Städteordnung fehlen soll. Viele unbeschäftigte Leute, die allein oder mit einem anderen die selbständige Verfügung über ein Zimmer haben, könnten sich das Wahlrecht und uns ihre Stimme sichern, wenn sie sich als Hausbesitzer anmeldeten. Statt, wie bisher, als Schlafhürchen. Ihre Befürchtung, dadurch höher in der Steuer zu kommen, sei hinfällig. — Indem er Beispiele aus vielen Gebieten kommunaler Wirksamkeit anführte, zeigte Redner, daß, wenn wir auch nur eine Minderheit in der Stadtverordnetenversammlung seien, doch durch die Vertreter der Arbeiterschaft im kommunalen Leben ein erheblicher Einfluß ausgeübt werde, und daß es von großer Bedeutung für die Arbeiterschaft sei, durch Leute ihres Vertrauens in der Stadtverordnetenversammlung vertreten zu sein. Die alten Bezirke müßten wieder erobert werden und es sei dahin zu streben, daß uns auch die drei Bezirke zustehen, die von den fünf uns noch nicht gehörenden Bezirken der 3. Klasse diesmal zur Neuwahl ständen. (Lebhafte Beifall.)

Stadtverordneter Gottfried Schulz, der für die Neuwahl wieder im 8. Bezirk kandidiert, nahm dann das Wort zu einer Ansprache. Er schilderte, wie die sozialdemokratischen Vertreter im roten Hause unter anderem auch bestrebt gewesen seien, auf eine Änderung im Finanzwesen hinzuwirken, in der Richtung, daß die arbeitende Klasse entlastet und die Besitzenden härter herangezogen würden. Der Freisinn versage jedoch, wo es auf soziales Empfinden ankomme. Aus der Entwicklung Berlins im Armenwesen teilte er einige interessante Zahlen mit. Von 900 Jahren, also 1713, habe Berlin bei 61 000 Einwohnern einen Armenetat von 12 740 B. gehabt, und jetzt seien 2 000 000 B. in den Armenetat eingestiegen. Auch daraus könne man erkennen, wie wichtig es sei, daß Leute aus der Arbeiterklasse mit sozialem Empfinden in die Armenkommissionen gewählt würden, wofür die sogenannten recherchierenden Stadtverordneten, soweit sie Sozialdemokraten seien, sorgten. Unser Einfluß zeige sich auch darin, daß vielfach Vorlagen, die an die Stadtverordnetenversammlung kämen, unter dem Gesichtswinkel gemacht würden: Welche Stellung nimmt die Sozialdemokratie ein. Unter lebhaftem Beifall schloß Redner noch weiteren Ausführungen mit dem Wahnwitz, dafür zu sorgen, daß über den beiden im zweiten Reichstagswahlkreis zur Wahl stehenden Bezirken am 9. November wieder das rote Banner der Wohlfahrt und Freiheit wehe.

Nachdem Stadtverordneter Ewald noch einiges aus seinem reichen Erfahrungsschatz zum besten gegeben hatte, machte der Vorsitzende Kennert darauf aufmerksam, daß der 7. Bezirk durch neue Grenzen etwas ungünstiger für uns geworden sei. Trotzdem müßte hier Alfred Bernheim, wie Gottfried Schulz im 8. Bezirk, mit großer Stimmzahl gewählt werden.

26. Kommunal-Wahlbezirk.

Zu einem schönen Auftakt des Stadtverordnetenwahlkampfes gestaltete sich Dr. Oskar Cohns Referat in den Mustersälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. Einer vernichtenden Kritik unterzog Redner unsere Schulverhältnisse, die im Gegensatz zu anderen Städten oder verchiedenen Ländern nicht sehr glänzend sind. Als eine Hartbergigkeit bezeichnete Cohn es, daß man am Armenetat Ersparnisse zu machen versucht. Rückständig ist es, daß nur immer wiederholtes Drängen die Bettnot in den Krankenhäusern einigermaßen zu stemmen vermochte. Hierbei ist die Frage aufzuwerfen: Hat Berlin kein Geld oder empfinden die Herrschaften des Kommunalfreisinn die Krankenhäuser nicht? Das erste muß man mit Recht verneinen, das zweite scheint leider der Fall zu sein. Ungläubige Beispiele beweisen den reaktionären Kurs des Freisinn, das muß die Wähler, besonders die des 26. Bezirks, anspornen, diesen der Sozialdemokratie zu erobern; denn leider gehört er noch zu den 5 nicht von Sozialdemokraten vertretenen Bezirken dritter Klasse. Dem mit sehr hartem Beifall aufgenommenen Referat folgte eine kurze Diskussion, woraus die Versammelten mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie auseinander gingen.

27. Kommunal-Wahlbezirk.

In Düttners Sälen, Schwedter Str. 23/24, legte Dr. Behl unseren programmatischen Standpunkt dar. So ist es unserer Fraktion zu danken, daß sich die Stadt Berlin mit dem Lebensmittelvertrieb intensiver beschäftigt, wodurch auch die Idee des

Genossenschaftswesens sehr gefördert wurde. Eine weitere Kulturarbeit ist die Subventionierung der Intelligenzen „Freien Volkshäusern“. Auch vor einigen Jahren war so etwas unüblich; denn das „rote Tuch“ hieß dem tapferen Freisinn Kulturwerke ablehnen. Auf dem arg brachliegenden Gebiete der Schulpefegung, für welche vor 6 Jahren nur 3000 B. übrig waren, werden jetzt, auf Grund unserer Arbeit, 250 000 B. verausgabt. Besonders hartberzige Gegner fand die Fraktion bei der Regelung der städtischen Arbeitsverhältnisse. Schließlich ist es denn gelungen, für die städtischen Arbeiter 1 000 000 B. herauszuwickeln, was in Anbetracht der riesigen Zahl beider auch nicht viel pro Kopf bedeutet. Die Anerkennung der Organisation der Gemeindearbeiter wie auch die Schaffung von Arbeiterausschüssen ist zu begrüßen. Daß all dies, sowie die Schaffung eines Wohnungsamtes und vieles andere ohne die Initiative der Sozialdemokratie unterblieben wäre, liegt klar zutage. Die martigen Ausführungen des Redners fanden ungeteilten Beifall.

Für den

29. Kommunal-Wahlbezirk

fand eine Versammlung im Verolinsaal (Schönhäuser Allee 20) statt. Referent war der seitherige Vertreter des Bezirks, Genosse Theodor Fischer. In einem Rückblick auf die Tätigkeit der Sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion zeigte der Redner, wie diese stets bemüht war, für die Verwirklichung sozialer Forderungen zu sorgen. So ist es in der Hauptsache auf das fortgesetzte Drängen der Sozialdemokraten zurückzuführen, daß endlich ein städtisches Wohnungsamt eingerichtet wurde, daß die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe erweitert, die soziale Versicherung auf Heimarbeiter ausgedehnt wurde und anderes mehr. Wenn unsere Forderungen, namentlich auf dem Gebiete des Schulwesens, erst zum Teil erfüllt werden konnten, so ist das dem Umstände zuzuschreiben, daß die freisinnige Mehrheit jeder sozialen Reform widerstrebt. Es muß deshalb die Aufgabe unserer Parteigenossen sein, nicht nur ihren bisherigen Vertretern solche aus neueroberten Bezirken hinzuzuführen, sondern auch durch eine imposante Stimmzahl Protest einzulegen gegen die bisherige Kommunalpolitik des Magistrats und der freisinnigen Stadtverordnetenmehrheit.

Die Genossen des

30. Kommunal-Wahlbezirks

hatten sich im Schönhäuser Festsaal (Schönhäuser Allee 129) versammelt. Der Referent, Genosse Weber, zeigte, daß die Klassengegenstände zwischen Besitzenden und Besitzlosen auch in der Gemeindepolitik eine Rolle spielen. Vor allem treten sie in der Erscheinung im Dreifachwahlrecht und im Hausbesitzerprivileg. So werden die Besitzenden, besonders die Hausagrarier, nicht nur durch Gesetz begünstigt, sondern sie wissen auch die Stadtverwaltung zu ihrem Vorteil auszunutzen und verhalten sich ablehnend, ja feindselig gegenüber allen Forderungen, die im Interesse einer großzügigen von sozialen Gesichtspunkten getragene Gemeindepolitik erhoben werden. — Der 30. Bezirk ist einer der wenigen Bezirke der dritten Abteilung, die sich noch in den Händen des Freisinn befinden. Wir werden alle Kräfte anspannen, um diesen Bezirk für die Sozialdemokratie zu erobern, und den Freisinn aus der dritten Abteilung überhaupt zu vertreiben. Wir sind dessen gewiß, daß unsere Genossen in der Stadtverordnetenversammlung auch ferner dafür eintreten werden, daß die sozialen Aufgaben der Gemeinde in jeder Hinsicht, namentlich auch in der Arbeitslosenfürsorge, erfüllt werden.

Der Kandidat des Bezirks, Genosse Paul Schulz, führte in seiner Ansprache aus, daß er, wenn er gewählt werde, im Sinne der Darlegungen des Referenten wirken werde.

33. Kommunal-Wahlbezirk.

Genosse Pfannsch sprach im Swinemünder Gesellschaftshaus vor verhältnismäßig gutbesuchter Versammlung. Er gab dem Gedanken Ausdruck, daß er nicht im Zweifel sei, wie und wen die Anwesenden ihre Stimme geben. Wenn auch unser einziger Gegner, der Freisinn, die dritte Klasse in dieser Gegend wohl kaum gefährdet, so verlohnt es sich doch, sich mit ihm etwas näher zu beschäftigen. In der gegenwärtigen Agitation sind es besonders zwei Argumente, die man gegen uns ins Feld führt. Erstens wird behauptet, wir seien nur verneinend, da von uns das Haushaltsbudget abgelehnt werde. Zweitens warnt man mit dem hohen Wort auf: Die Sozialdemokratie ist kulturfeindlich. Redner zerpfückte diese leeren Phrasen, gab ein Bild von dem im Stadtparlament Geleisteten und erläuterte die grundlegenden Gedanken unserer Arbeit. Mit lebhaftem Beifall quittierte die Versammlung Pfannschs treffliche Rede.

Im „Artschhof“, Berleberger Str. 26, hatte es für den

37. Kommunal-Wahlbezirk,

in dem Genosse Hermann Heise kandidiert, Dr. Kurt Rosenfeld übernommen, die Aufgaben der Sozialdemokraten im Rathaus zu schildern und ein umfassendes Bild zu entwerfen von der segensreichen und schwierigen Arbeit, die von den jetzt daselbst tätigen Genossen bisher geleistet worden ist. Das Walten der Polizei und deren Hebergriffe boten dem Redner reichlich Gelegenheit, die Geißel der Kritik zu schwingen.

Im

41. Kommunal-Wahlbezirk,

der seine Versammlung nach dem Vagenhofer-Ausschank, Turmstraße 26, einberufen hatte, referierte der Kandidat und bisherige Vertreter des Bezirks, Genosse Th. Glöck. Redner unterzog die Haltung der Stadthausmehrheit den Forderungen unserer Fraktion gegenüber einer treffenden Kritik und ging besonders auf die Frage der Arbeitsnachweise und Arbeitslosenversicherung ein, der brennendsten Angelegenheiten, die heute die Arbeiterschaft und vornehmlich die Berliner Arbeiterschaft, bewegen. Bloße, als berufener Vertreter dieser Probleme, konnte seinen Zuhörern in anschaulicher Weise darlegen, wie notwendig es für die Arbeiterschaft ist, daß Männer aus dem Volke in das Stadtparlament gewählt werden.

In der Diskussion warnten die Genossen Sauerzapf und Umlauf davor, sich in Sicherheit zu wiegen und forderten zu intensiver Wahlarbeit auf.

Die Wähler des

44. Kommunal-Wahlbezirk

hatten sich nach „Frankes Festsaal“, Badstr. 19, begeben, um ein Referat ihres bisherigen Vertreters und jetzigen Kandidaten Emanuel Waxm entgegenzunehmen, der eingangs seiner Ausführungen darauf hinwies, daß wir uns nunmehr 30 Jahre an den Stadtverordnetenwahlen beteiligen. Nach einem kurzen historischen Rückblick gab Redner eine eingehende Erläuterung des Kommunalwahlrechts, um sodann auf das Wirken der Sozialdemokratie im städtischen Parlament einzugehen und zu zeigen, warum es eine unumgängliche Notwendigkeit ist, möglichst zahlreiche Arbeitervertreter dahin zu senden.

Aus der Partei.

Ein margistisches Jubiläum.

Unter diesem Titel widmet die „Neue Arbeiterzeitung“ in Petersburg dem Genossen Heinrich Diez aus Anlaß seines 70jährigen Geburtstages einen herzlichsten Begrüßungsartikel. Das Blatt weist auf die interessante Tatsache hin, daß sowohl Joseph Diezgen, der erste gründliche Marxistiker und Arbeiterphilosoph, wie Heinrich Diez, Hand in Hand mit den russischen Arbeitern auf Waffli-Ditrow in Petersburg gearbeitet haben. Das Blatt drückt dem Genossen Diez auch seine besondere Anerkennung dafür aus, daß er vor einem Jahrzehnt, als die russische sozialdemokratische Literatur noch im Auslande und zwar eine Zeitlang in Stuttgart gedruckt wurde, der russischen Sozialdemokratie unschätzbare Dienste erwiesen hat. „Die russischen Arbeiter — schließt der

Artikel — die nach den deutschen und österreichischen für die theoretische Begründung und Beleuchtung ihrer Bewegung das regste Interesse haben und die von der deutschen sozialistischen Literatur so viel genommen haben, schließen sich dem Chor der Genossen an, die das 70jährige Jubiläum des Arbeiterlebens des ehemaligen Buchdruckers von Waffli-Ditrow feiern.“

Die Organisationen zum Parteitag.

Der sozialdemokratische Verein für Köln-Stadt und Köln-Land beschäftigte sich in einer zweiten Mitglieder-versammlung mit dem Parteitag. Genosse Haas, Kartellvorsitzender, führte die Mitbestimmung mancher Organisierten darauf zurück, daß die Massen nicht immer mit dem Erreichten zufrieden seien und die Schuld, statt den Verhältnissen, den Führern beimäßen. Zunächst machte sich dieser Zustand in den Gewerkschaften mit ihrer mühsamen Gegenwartsarbeit bemerkbar. Je mehr die Partei Gegenwartsforderungen in den Vordergrund schieben müsse, werde sich auch in ihr das Problem „Massen und Führer“ entwickeln. — Die Behauptung des Genossen Fries aus dem Parteitag, daß die Kölner Gewerkschaftsangehörigen am 1. Mai 1912 bei der Uebernahme von Referaten gestreikt hätten, sei falsch. — Genosse Fries erwidert darauf, er habe nicht von „Gewerkschaftsangehörigen“ gesprochen, sondern von „Angeordneten“ überhaupt. Von der Behauptung, daß gewisse um Referate angegangene Kölner Angeordnete sich geweigert hätten, zu reden, nehme er nichts zurück. — Im gleichen Sinne spricht Genosse Dürscheid. — Genosse Paulnewitz polemisiert gegen die Schlussfolgerung Sollmanns, Jena sei kein Parteitag der Klärung gewesen. Alle Gewerkschafter könnten mit den Arbeiten des Parteitages zufrieden sein.

Reichstagsabgeordneter Genosse Hofrichter teilt unter anderem mit, daß das Verlassen des Sitzungssaales bei dem Kaiserjubiläum auf einem Fraktionsbeschluss beruhe. Für zukünftige Fälle werde sich die Fraktion noch einmal mit der keineswegs selbstbewegenden Frage beschäftigen, ob sie bei solchen Gelegenheiten im Saale bleibe oder nicht. Die Massenfreirevolution 100 habe man bedauerlicherweise durch das Hervorschieben der Person der Genossin Luxemburg zu diskreditieren versucht. Leider sei dabei der Vorstandsredner Scheidemann mit schlechtem Beispiel vorangegangen. Es müsse an der Lösung festgehalten werden: Entweder Wahlreform oder Massenstreik. Hofrichter begründet noch einmal seine Haltung in der Steuerfrage. Er sei mit der Minderheit der Fraktion gewesen, weil er nach der Erklärung des Zentrums in der zweiten Lesung die Möglichkeit des Scheiterns der Militärvorlage für gegeben erachtete. Das Zentrum wäre sicher mit Rücksicht auf seine Leser gerne vorübergehend in die Opposition getreten. Parteifreier Genosse Kunge wünscht, daß die Presse mehr dem Geschmack der Leser an kleinen Nachrichten vom Tage Rechnung trage. Man solle nicht immer den angeblichen Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften betonen. — Reichstagsabgeordneter Dr. Erdmann: Es werde geflagt, der Massenfreirevolution fehle der Ausdruck des Willens. Aber ein Wille spreche aus ihr: nämlich vorläufig die Sache ruhen zu lassen. Das sei gut so.

Mit Recht habe Scheidemann die Genossin Luxemburg härter angefaßt, denn sie habe durch ihre Verhimmelung der Unorganisierten die Organisationen herabgesetzt und auf dem Parteivorstand herumgehauen. Daß die Massen über die Führer nörgeln, sei immer so gewesen. Jeder Regierung werde geschimpft, einst auch über die des Zukunftsstaates. Genosse Wendler bezeichnet den Parteitag als eine Tagung gesunder Realpolitik.

Mit dem Parteitag in Jena beschäftigten sich in Mainz zwei Parteiverfassungen. In der ersten erstatteten die beiden Delegierten, Genossen Donnerhausen und Seel, Bericht. Beide erklärten sich vom Verlauf des Parteitages befriedigt und waren mit den einzelnen Beschlüssen voll einverstanden. Die Diskussion wurde auf die nächste Versammlung vertagt, für die auch die Genossin Luxemburg, die im benachbarten Hanauer Wahlkreis Vorträge hält, gewonnen werden konnte. In der überflüssigen zweiten Versammlung erläuterte Genossin Luxemburg unter lebhaftem Beifall ihre bekannte Auffassung in der Massenfreirevolution. In der Diskussion traten die Genossen Reuter und Weve der Ansicht der Referentin bei, während die Genossen Schildbach, Zeinert, Seel und Adelung der Genossin Luxemburg scharf entgegen traten. Mit allen gegen fünf Stimmen nahm dann die Versammlung folgende Resolution an:

„Die Versammlung erklärt sich mit den vom diesjährigen Parteitag in Jena gefaßten Beschlüssen einverstanden. Sie billigt insbesondere die Zustimmung zu dem Verbot der Reichstagsfraktion zur Deckungsfrage, sowie die Regelung in Sachen der Steuerfrage, des Massenstreiks und der Forderung der staatslichen Arbeitslosenversicherung. In Anbetracht der Tatsache jedoch, daß zur weiteren Durchführung erfolgreicher Aktionen starke, gutdisziplinierte Organisationen notwendig sind, fordert die Versammlung die Genossen und Genossinnen auf, tatkräftig und mit Ausdauer für die Stärkung unserer Kampfmittel, Partei, Gewerkschaft, Genossenschaft und Presse einzutreten.“

Im 8. sächsischen Reichstagswahlkreis (Pirna-Sebnitz) wurde in drei Versammlungen, in Sebnitz, Mügeln und Pirna, Bericht vom Parteitag gegeben. Der Referent, Genosse Storz, und der Abgeordnete des Kreises, Genosse Rühle, gingen in allen Fragen mit der Minderheit des Parteitages. Debatteredner vertreten auch den Standpunkt der Mehrheit, doch wurden in keiner Versammlung Beschlüsse gefaßt. Genosse Rühle behandelte die Steuerfrage und den Massenstreik als Richtungsfragen. Im Gegensatz zur Gewerkschaftsbewegung müsse die Sozialdemokratie als revolutionäre Kampfpartei die Angriffstaktik durchführen und ans Endziel denken. Wenn der jetzt beschrittene Weg weiter begangen werde, müsse dies zum Schaden der Partei ausfallen. Die Entwicklung werde hoffentlich wieder auf die revolutionäre Bahn führen. Redner bedauert die Ausführungen Bauers, und noch mehr, daß die Gewerkschaften nicht gegen die Auflösung Bauers einwänden. Der Parteitag habe insofern volle Klarheit gebracht, als sich in allen Fragen eine große Mehrheit für die opportunistische Taktik ausgesprochen habe. Eine Personalunion der führenden Genossen bewirke, daß die gewerkschaftliche Taktik, die durch Verhandlungen und Kompromisse dem Gegenwartsstaate das möglichste abzurufen versuche, auch auf die Partei übertragen werde, deren Taktik aber auf größere Ziele gerichtet sein müsse. Die jetzt eingeschlagenen Wege müßten notwendig dazu führen, daß die Sozialdemokratie zur bürgerlichen Reformpartei herabsinke. Die Debatteredner wichen mehr oder weniger von diesen Ausführungen ab, so daß Rühles Standpunkt nur von dem Delegierten Storz voll vertreten wurde. Die Genossen Schwarz und Tiech vertraten besonders in der Steuerfrage den Standpunkt der Mehrheit. Auch in der Parteifrage gingen die Meinungen weit auseinander.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Polizei im Jubiläumstunnel.

Stuttgart, 15. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Stuttgarter Polizeidirektion untersagte heute das Anhängen eines Plakates, das zur Teilnahme an den Versammlungen des sozialdemokratischen Vereins zur Leipziger Völkerversammlung am kommenden Freitag auffordert. Aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit erfolge das Verbot, sagt die Polizeidirektion. Die Parteileitung wollte sodann den beanstandeten Text überleben lassen mit dem Vermerk darauf, Plakat polizeilich verboten und nur die Versammlungseinladung stehen lassen. Auch das wurde untersagt.

Nachspiel zum Waldburger Weindisputations. Der Schwurgerichtsprozess, der im Juli d. J. zur Verurteilung des Geschäftsführers Weickert und des Faktors Hoffmann von der „Schlesischen Bergwacht“ zu insgesamt 2 1/2 Jahren Zuchthaus führte, wird voraus-

Recht demnach ein gerichtliches Nachspiel haben. In etwa zwanzig Artikeln hatte unser Waldenburger Parteiblatt den Prozeß kritisiert. Ferner hatte die Redaktion unseres Parteiblattes mitgeteilt, daß der konservative Chefredakteur, Herr Lippold, ebenso wie der Kronzeuge Köhler bei ihren eiblichen Vernehmungen vor dem Schwedinger Schörrgericht nichts darüber gesagt hatten, daß Köhler von 2. 75 M. erhalten habe, lange ebe Köhler angeklagt wurde. Dem Köhler wurde vor Gericht die Frage vorgelegt, ob er durch die Denunziation der beiden Angeklagten irgend einen Vorteil gehabt hätte. Er verneinte das und auch der Zeuge Lippold schwieg auf diese Frage. Demgegenüber hatte der Justizrat des konservativen Blattes zu anderen Angeklagten wiederholt geäußert, daß Köhler den oben genannten Betrag erhalten habe, der als „Vorschuß“ zwar lange vor K's Anklage quittiert wurde, aber niemals in die Bücher kam. Unser Waldenburger Parteiblatt legte nach mehreren Recherchen Herrn Lippold öffentlich die Frage vor, wie es damit stehe. Die Antwort, die kam, war sehr verlegen und drückte sich um den Kern herum. Schließlich gab die Redaktion unseres Parteiblattes die Sache unter Angabe der Neugier an die Staatsanwaltschaft weiter. Jetzt wird nicht etwa auf Grund dieser Angaben gegen Lippold eine Untersuchung eingeleitet, sondern gegen die Gesamtedaktion der „Vergewalt“ und gegen einige Verammlungsredner. Unsere Waldenburger Genossen hoffen, bei dem kommenden Prozeß noch manche dunkel gebliebene Frage aufklären zu können.

Verurteilt trotz alledem. Der verantwortliche Redakteur der „Neuzeitlichen Tribune“ in Gera, Genosse Drechsler, wurde vom Schöffengericht Gera wegen Beleidigung eines Lehrers zu 90 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Beleidigung wurde in einer Kritik gefunden, welche der Angeklagte an einen Artikel der „Lehrzeitung“ über das Beschwerderecht der Mütter geübt hatte. Erst durch eine Beschwerde an die Oberstaatsanwaltschaft hatte sich das Gericht veranlaßt gesehen, die öffentliche Klage anzunehmen. In der Begründung des Urteils wird ausgeführt, daß der Angeklagte mit den Worten „offener Jhismus“ ungefähr das Nichtigste getroffen habe. Es sei zweifelhaft, wie der Lehrer zugunsten sich gegen das Beschwerderecht der Eltern ausgesprochen habe. Hätte das Gericht in den Worten „offener Jhismus“ an sich eine Beleidigung nicht erblickt, so ergebe sich aber aus den übrigen Umständen die Absicht der Beleidigung.

Zu 300 M. Geldstrafe wurde vom Landgericht Saargemünd der verantwortliche Redakteur unseres Pittauer Parteiblattes, der Genosse Schmetzler, verurteilt. Er hatte eine als ungeheuerlich erachtete Mißhandlung eines Kindes durch einen Lehrer scharf kritisiert. Für das Gericht lag jedoch keine übermäßige Missetzung vor, und es kam zu der Verurteilung. Die Verurteilung erinnert an die Zehnerung des sächsischen Kultusministers Dr. v. Wed in der Schulgesetzgebungs-Deputation bei einer Kritik der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten an Mißhandlungen: „Ja, meine Herren, warum bringen Sie denn solche Fälle nicht an die Öffentlichkeit?“ Darauf antworteten unsere Genossen: „Dann werden unsere Redakteure bestraft.“ Wie recht unsere Genossen hatten, zeigt wieder der vorliegende Fall.

Aus Industrie und Handel.

Die Lage des deutschen Arbeitsmarktes.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat September d. J. kann zwar nicht durchweg als befriedigend bezeichnet werden, trotzdem ist aber nach den Berichten der Arbeitsnachweise im allgemeinen eine Besserung gegenüber dem Vormonat zu konstatieren. Dies gilt vor allem vom Arbeitsmarkt des platten Landes sowie der kleineren und mittleren Provinzhäute. Zwei Faktoren sind es, die hier eine — allerdings meist nur vorübergehende — Zunahme der Arbeitsgelegenheit bedingen: die günstigen Ernteergebnisse und die aus der Heeresverlängerung resultierenden Arbeiten. Die Landwirtschaft verlangte im Berichtsmonat noch zahlreiche Arbeitskräfte für die Drescharbeiten und für die Einbringung der Kartoffel- und Rübenenernte. Auch der Beginn der Kampagne in den Zuckerfabriken brachte beachtenswerte Beschäftigung. Den stellenlosen Arbeitern in der Provinz bot sich daher etwas reichlichere Arbeitsgelegenheit. Diese wurde vor allem von Bauarbeitern und Ungelernten gern ergriffen. Auch aus denjenigen Betrieben der Metall- und Maschinenindustrie, die eine Verkürzung der Arbeitszeit haben eintreten lassen, fanden vereinzelte Abwanderungen zum ländlichen Arbeitsmarkte statt. Die Metallindustrie ist mit wenigen Ausnahmen fast durchweg noch gut beschäftigt. Im Baugewerbe zeigte sich verschiedentlich eine leichte Besserung, da die Kavernen für die neugebildeten Truppenteile im Oktober fertiggestellt werden sollen. Auch die privaten und staatlichen Waffenfabriken stellten zahlreiche Arbeiter ein. Eine geringe Besserung zeigt sich in einigen Zweigen des Holzgewerbes. Wenig lebhaft ist die Beschäftigung in der Textilindustrie. In der Stickerei und Spinnindustrie herrscht nach wie vor Depression. Fast übereinstimmend wird von den Arbeitsnachweisen eine erhebliche Zunahme des Angebots weiblicher Arbeitskräfte gemeldet, der eine zum Teil noch stärkere Steigerung der Nachfrage nach Fabrikarbeiterinnen gegenübersteht. Auch der Bedarf an weiblichem Haus- und Dienstpersonal war der Jahreszeit entsprechend recht groß. Besonders vermerkt wird von einigen Arbeitsnachweisen die zunehmende Vermittlung von Lehrmädchen. Von den Gewerbebezügen, die lebhaft beschäftigt seien einige noch erwähnt: die optische Industrie, des Tischbau-, das Malergewerbe, sowie teilweise das Bekleidungs- und Schuhgewerbe. In der Montanindustrie ist von einem allgemeinen Rückgang der Beschäftigung nichts zu spüren.

Zur Preispolitik des Kohlenyndikats. Während die „Abendzeitung“ vor einigen Tagen meldete, daß das Kohlenyndikat eine Erhöhung der Kohlenpreise zum 1. Januar 1914 plane, veröffentlicht das Syndikat jetzt eine Darlegung, die von der Wahrscheinlichkeit einer Ermäßigung spricht. Das Syndikat verteidigt zugleich seinen Beschluß, von einer Ermäßigung bis zum Januar abzusehen. Im vorigen Monat war noch nicht bekannt, wie die Preisbildung des Kohleisenverbandes sich für die erste Hälfte des nächsten Jahres gestalten werde. Inzwischen hat nun der Kohleisenverband beschloffen, für diesen Zeitraum eine Preisermäßigung von rund 8 M. für die Tonne eintreten zu lassen. Dieser Beschluß wird sicherlich nicht ohne Einfluß auf die demnächstigen Entscheidungen des Kohlenyndikats bleiben. Die letzte Preisfestsetzung des Kohlenyndikats für Hochofenlochs und Kokslochs hat, da sie nur für ein Vierteljahr erfolgte, bei den nächsten Verbrauchern wenig Widerspruch hervorgerufen, weil auch in den anderen großen Kohlenbezirken Deutschlands in Oberschlesien und an der Saar die Kohlenpreise ebenfalls bis zum Ende dieses Jahres unverändert blieben. In Oberschlesien sind sogar die Preise für das Winterhalbjahr noch in die Höhe gegangen, weil die für den Sommer gewählten Maßbattage am 1. November aufgehoben worden sind. Die Angabe des Syndikats, die Eisenindustrie nähme die jetzige Preispolitik des Syndikats ohne Widerspruch hin, ist völlig unzutreffend. Vielmehr hat die Eisenindustrie fortgesetzt die Zatsache kritisiert, daß das Syndikat die Hochkonjunkturpreise bestehen läßt, obgleich sich die Konjunktur bereits seit dem Winter dieses Jahres im Rückgang befindet.

Die Berliner Elektrizitätswerke verteilen wie im Vorjahre eine Dividende von 12 Proz. auf 44,1 Millionen M. Stammaktien und von 4 1/2 Proz. auf 20 Millionen M. Vorzugsaktien. Da die Einnahmen sich günstig entwickelten, konnten zugleich die Abschreibungen von 4,78 auf 5,06 Millionen M. erhöht werden. Die Stromabgabe stieg von 228 auf 252 Millionen Kilowattstunden.

Soziales.

Kampf zwischen Ärzten und Krankenkassen.

Der Leipziger Wirtschaftliche Ärzteverband versendet an die bürgerliche Presse eine Zuschrift, in der er die Behauptung aufstellt, daß durch das mangelnde Entgegenkommen der Krankenkassen eine Einigung zwischen ihnen und den Ärzten zur Unmöglichkeit gemacht werde. Die Ärzte werden deshalb einen Abschluß neuer Verträge über den 1. Januar 1914 hinaus allgemein ablehnen. Die Entscheidung soll einem Deutschen Ärzteverband überlassen werden, der mit größter Beschleunigung zusammenzutreten soll. Demgegenüber versendet der Verband zur Wahrung der Interessen der Deutschen Betriebskrankenkassen eine Erklärung, in der die Schuld am Scheitern der Verhandlungen den Ärzten und zwar in erster Linie dem Leipziger Verbands zugeschoben wird. Beide Organisationen sind davon überzeugt, daß eine allgemeine Kriegserklärung der Ärzte an die Krankenkassen nicht mehr zu vermeiden ist. Die Kassen rüchten sich auch bereits darauf ein, von dem § 370 der Reichsversicherungsordnung Gebrauch zu machen, der ihnen gestattet, an Stelle der ärztlichen Behandlung ein höheres Krankengeld zu bezahlen.

Ein mißglückter Feldzug gegen Konsumvereine.

Auf Treibeisereien der Mittelhandvereiner gegen die Konsum- und Produktivgenossenschaft Halle-Trotha erließ der Amtsvorsteher gegen die Antragsgegnerinnen von Nachwaren an Richtmüßiger Strafbefehle. Das Schöffengericht bestätigte auch dieselben. Die Strafkammer gelangte jetzt zu einer Freisprechung. Diese Freisprechung war durch die Rechtslage geboten. In § 8 des Genossenschaftsgesetzes heißt es: „Konsumvereine (§ 1 Nr. 5) dürfen im regelmäßigen Geschäftsverkehre Waren nur in ihre Mitglieder oder deren Vertreter verkaufen.“ Konsumvereine sind nach dem zitierten § 1 Ziffer 5 „Vereine zum gemeinschaftlichen Einlaufe von Lebens- oder Wirtschaftsgüterbedürfnissen im Großen und Kleinen“. Von solchen Konsumvereinen verschieden sind nach dem Gesetz (§ 1 Ziffer 4) Produktivgenossenschaften, das sind „Vereine zur Herstellung von Gegenständen und zum Verkauf derselben auf gemeinschaftliche Rechnung“. Auf solche Vereine bezieht sich das Verbot des § 8 nicht. Danach können Konsumvereine, die zugleich produzieren, z. B. Brot backen, Vieh ausschachten, selbst gewonnene Waren an jedermann verkaufen.

Prämien für Unterschlagungen gegen Arbeiter.

Wiederholt haben wir Urteile niedriger hängen müssen, die Schädigungen von Arbeitern, Krankenkassen und Versicherungsstellen durch Unterschlagung von Versicherungsbeiträgen so niedrig bestrafen, daß solche Urteile sehr wohl als Aufmunterung zu ähnlichen Unterschlagungen aufgefaßt werden konnten. Eine erfreuliche Abkehr von dieser auch vom Kammergericht und der Regierung mißbilligten Mißde am unrechten Platz konnten wir kürzlich aus Berlin melden. An anderen Orten, so dieser Tage in München, hat wieder die Praxis der Begünstigung von Unterschlagungen von Arbeitergroßen belagert.

Ein als Scharfmacher bekannter Baumeister Julius Christophel aus Schleifstein bei München hatte den von ihm beschäftigten Arbeitern Beiträge für die Krankenkasse und die Invalidenversicherung abgezogen, die Beiträge aber nicht abgeführt. Er hatte dadurch die Krankenkasse um 500 M., die Versicherungsanstalt um 1150 M. geschädigt. Weizureiben war von ihm nichts. Dieser Tage wegen dieser Unterschlagungen auf Grund des § 1492 der Reichsversicherungsordnung angeklagt, wurde er zu insgesamt — 300 M. Geldstrafe verurteilt. Ein profitables Geschäft:

1650 Mark unterschlagen
ab 300 — Strafe
bleibt 1350 Mark Gewinn.

Das Gesetz läßt Gefängnis und Ehrverlust für solche Räuberzün zu. Hätte ein Arbeiter einem Bauhövren 1650 M. unterschlagen, so würde er schwerlich mit Geldstrafe davonkommen. Weshalb soll, wenn Arbeitergroßen von einem Unternehmer unterschlagen werden, die Strafe so niedrig sein, daß sich die Unterschlagung als rentables Geschäft im Endeffekt darstellt?

Großtat eines deutschen Fliegers.

Viktor Stöffler hat seine Absicht, einen Dauerflug von mindestens 2000 Kilometer auszuführen und damit einen neuen Weltrekord aufzustellen, in bravourösester Weise verwirklicht. Erst um 12 Uhr 42 Minuten in der Nacht zum Mittwoch entstieg er seinem Flugzeug, nachdem er in einer Flugzeit von 22 Stunden 47 Minuten 2160 Kilometer zurückgelegt hatte. Er hat damit den bisherigen Weltrekord Brindejones, den dieser mit dem 1382 Kilometer langen Fluge Paris—Warschau aufgestellt hatte, weit hinter sich gelassen.

Stöfflers Flug ging von Mitternacht zu Mitternacht, also ungefähr zur Hälfte der gesamten Flugzeit durch Nacht und Nebel, wenn auch der Mondschein das verwegene Unternehmen begünstigte. Kein Wunder, daß der Flieger am Ende seiner Riesentour völlig erschöpft war, zumal er in den letzten Stunden auch gegen heftigen Wind anzukämpfen hatte.

In Frankreich würde eine solche Leistung durch stürmische Ovationen gefeiert worden sein. Bei uns wird sich Stöffler wohl mit dem dritten Teil des 100 000 Mark-Preises begnügen müssen, der von der Nationalflugpende für die Schaffung eines deutschen Weltrekords im Weitfluge ausgefetzt worden ist.

Die enorme Leistung Stöfflers und seines Flugzeuges, eines Biatif-Doppeldekers, springt deshalb sofort ins Auge, weil Stöfflers Fluglinie sich lediglich innerhalb der deutschen Grenzen bewegte, während Brindejones Fluglinie drei internationale Hauptstädte verband. Aber Stöfflers Leistung ist darum nicht geringer anzufolgen, weil er verschiedene Teile seiner Flugstrecke Posen—Berlin—(Darmstadt)—Mühlhausen mehrere Male durchmachte, nämlich Posen—Berlin zweimal und die Strecke Darmstadt—Mühlhausen gar viermal. Im Gegenteil, da Stöffler sich unter diesen Umständen eine günstige Luftströmung nicht zunutze machen konnte, vollbrachte er erst recht eine staunenswerte Großtat.

Um einen Begriff davon zu erhalten, welche Strecke Stöffler innerhalb der Gesamtzeit von 24 Stunden 36 Minuten — die reine Flugzeit haben wir oben erwähnt — zurückgelegt hat, muß man sich die Entfernung in gerader Linie vorstellen. Dann reicht diese Strecke von Berlin aus bis nach Porto in Portugal oder nach Biztra in Algier oder nach Archangelsk am Weißen Meer, bis nach Hammerfest im nördlichen Norwegen oder gar bis zur Küste von Island.

Niemals zuvor ist eine so gewaltige Entfernung in so kurzer Zeit, in kaum mehr als 24 Stunden zurückgelegt worden. Gebrauchen doch die schnellsten Flüge der Pacificbahn 68 Stunden, um die zirka 4000 Kilometer zwischen New York und San Francisco zu durchheilen.

Nach solchen Leistungen ist die Heberquerung der

5000 Kilometer des Atlantischen Ozeans im Flugzeug wirklich keine Utopie mehr. Man braucht nur ein Riesensflugzeug des Typs, wie deren die russische Armee bereits mehrere besitzt, eine Maschine mit mehreren Motoren und der Tragfähigkeit für mehrere Piloten und die nötige Menge Betriebsstoff für ein solches Experiment einzufügen und die Ueberfliegung des Atlantik in 48 Stunden wäre keineswegs ein Ding der Unmöglichkeit. Vielleicht dauert es keine drei Jahre mehr, und auch dieser Traum ist Wirklichkeit geworden!

Auch Robert Thelen, einer der ältesten deutschen Flieger, hat am Dienstag auf einem Albatros-Doppeldeker eine schöne Flugleistung vollbracht. Er flog noch zur Nachtzeit, von Berlin nach Königsberg, von dort nach Stettin und von da wieder zurück nach Königsberg, eine Gesamtstrecke von mehr als 1300 Kilometern. Thelen hat damit die Anwartschaft auf den 60 000 Mark-Preis der Nationalflugpende erworben, die ihm allerdings noch lebhaft bestritten werden dürfte.

Aus aller Welt.

Der Untergang des „Volturno“.

Der Kapitän Ingh, Führer des untergegangenen Dampfers „Volturno“ gibt über den Brand und Untergang seines Dampfers folgende Darstellung:

Am 9. Oktober früh 6 Uhr 50 Minuten, als wir uns unter 49 Grad 2 Minuten nördlicher Breite und 84 Grad 51 Minuten westlicher Länge befanden, meldete der erste Offizier Feuer im Laderaum Nr. 1. Um 6 Uhr 55 Minuten brachen die Flammen durch die Luken von Raum Nr. 1 und setzten das Vorder- und die ganze Ausdrückung auf Deck in Brand. Die Flammen griffen schnell um sich und erreichten das Licht auf dem Bodmast. Die Waage unter Deck war eingeschlossen und kam in den Flammen um. Im Vorder erfolgte nun eine Reihe von Explosionen, die den Salon und das Hospital in der Mitte des Schiffes zerstörten. Ich ließ durch drahtlose Telegraphie sofort um Hilfe bitten, als die Flammen die Luken ergriffen. Kapitän Ingh schildert nun das Herablassen der Boote und fährt dann fort: Inzwischen kämpften der erste Ingenieur, zwei Matrosen und ich mit dem Feuer, und da wir anscheinend die Flammen gedämpft hatten, ließ ich meine Boote mehr abgehen, da die „Carmania“ Nachricht gegeben hatte, sie würde uns um 11 Uhr früh erreichen. Rettungsgürtel wurden verteilt und jedem Passagier angelegt. Die Passagiere wurden jetzt ruhiger. Um 8 Uhr stellte sich heraus, daß die Funken in Flammen standen. Da es dort wegen der Gase unmöglich war, die Flammen zu löschen, wurden die wasserdichten Tore geschlossen und Wasser durch Luke Nr. 2 in das Feuer gepumpt, das sich aber die ganze Zeit immer mehr ausbreitete. Um 11 Uhr kam die „Carmania“ an und ließ ein Boot herab, das das Schiff wegen des hohen Seeganges nicht erreichte. Dann kam der „Seydlitz“ an und ließ ein Boot herab, das aber nicht zu uns herankommen konnte. Gegen Abend waren mehrere Dampfer angekommen. Die Boote des „Kronland“ machten vier Versuche, zu uns zu gelangen, wurden aber jedesmal weggeschwemmt. Um 9 Uhr 30 Minuten befanden sich die erste Kajüte und der Navigationsraum in Flammen. Das Heck und die Kommandobrücke und alles vor den Schornsteinen brannte nun lichterloh. Die Dynamomaschine für die Pumpe versagte aus Mangel an Dampf.

Die Marconitelegraphisten arbeiteten mit Akkumulatoren bis 11 Uhr, wo die Maschine auf der Brücke explodierte. Verschiedene Passagiere sprangen über Bord und wurden von Booten, die nahe beilagen, gerettet. Um Mitternacht bewölkte sich der Himmel, das Wetter wurde böig und die Rettungsarbeiten wurden eingestellt, da die Leute auf den Booten nicht mehr sehen konnten. Das Feuer hatte mittlerweile durch den Zwischendeckraum für Frauen das Hinterteil des Schiffes ergriffen, was aber vor den Passagieren geheimgehalten wurde, damit sie sich die Nacht hindurch ruhig verhielten. Der erste Ingenieur, die Maschinisten, Telegraphisten und ich selbst verbrachten die Nacht mit der Herstellung kleiner Floße, für den Fall, daß das Feuer vor Tagesanbruch das Deck durchbrechen sollte. Um 5 Uhr 15 Minuten erlitten das erste kleine Boot längs des Schiffes. Das Wetter und die See hatten sich beruhigt und ermöglichten es nun, die Passagiere schnell auszuklaffen. Alle Dampfschiffe setzten Boote aus und es konnten sich sofort drei mit Passagieren füllen. Die Passagiere verließen das Schiff in guter Ordnung. Es herrschte keine Panik. Frauen begannen erst zu weinen, als Hilfe da war. Gegen 8 Uhr früh waren alle, insgesamt vierhundert Passagiere, vom Schiff fort. Ich selbst durchsuchte das Schiff und fand niemand mehr an Bord, und so entschloß ich mich, das Schiff zu verlassen und schiffte mich mit dem Rest der Mannschaft auf der „Kronland“ ein. Von den zwei vermissten Booten haben wir nichts mehr gehört.

Der dritte Offizier des „Volturno“, der sich unter den an Bord des „Großen Kurfürst“ genommenen Schiffsbrüchigen befindet, sagt aus, die Explosion am Donnerstagsmorgen habe 80 bis 90 Passagiere des Zwischen decks völlig überrascht, diese seien entweder sofort getötet worden oder lebendigen Leibes verbrannt.

Eisenbahnkatastrophe in Liverpool.

Ein schweres Eisenbahnunglück, dem eine Reihe von Personen zum Dylor gefallen sind, hat sich am Mittwochnachmittag auf dem St. James-Bahnhof in Liverpool zugegetragen. Der nach Manchester fahrende Expresszug fuhr auf dem Bahnhofs mit einem anderen Zuge zusammen. Bei dem Unglück sollen zehn Menschen ums Leben gekommen sein. Bisher wurden sechs Leichen geborgen. Zahlreiche Personen erlitten mehr oder weniger schwere Verletzungen.

Der Zusammenstoß erfolgte dadurch, daß ein in die Halle einlaufender Zug auf den Zug nach Manchester, der auf dem Bahnhof hielt, aufklief. Der letzte Wagen des Manchester-Zuges wurde zertrümmert. Er war nach Hull bestimmt und zum größten Teil von Reisenden nach dem Kontinent besetzt. Von den Insassen der übrigen Wagen ist niemand getötet.

Kleine Notizen.

Schwerer Grabensfall. Auf dem Ralkschacht der Gewerkschaft „Reichstrone“ bei Lissa wurden Mittwoch früh der Zimmermann Vaul Hecht aus Wiebe und der Bergmann Schaumburg aus Ostramondra beim Zusammenbruch einer Bohre getötet. Beide Verunglückten waren jung verheiratet.

Automobilkatastrophe. Am Dienstagabend fuhr das Automobil des Architekten Kaiser aus Stuttgart bei Hufelbach auf einen Holzwagen auf. Architekt Kaiser wurde sofort getötet, Oberbauath Rable und seine Tochter wurden verletzt, letztere schwer am Kopf.

Lähmungsepidemie in Nürnberg. Seit einigen Tagen ist in Nürnberg eine Epidemie von Kinderlähmung aufgetreten. Bisher sind 43 Kinder erkrankt. In drei Fällen ist die Krankheit tödlich verlaufen.

Parteigenossen! Erscheint morgen abend zahlreich zur Flugblattverbreitung!

Auf zur Flugblattverbreitung!

Morgen Freitag, den 17. Oktober: Flugblatt-Verbreitung in den sechs Berliner Wahlkreisen.

In Teltow-Beeskow in folgenden Orten: Adlershof - Alt-Mienicke - Charlottenburg - Köpenick - Dahendorf - Groß-Lichterfelde - Johannisthal - Mariendorf - Neukölln - Niederschöneweide - Nowawes - Schöneberg - Steglitz - Tempelhof - Wilmersdorf.

In Niederbarnim findet die Flugblattverbreitung in allen Bezirken (mit Ausnahme der Landorte) statt.

Treffpunkt in den Bezirkslokale. Parteigenossen! Beteiligt Euch zahlreich. Der Aktionsauschuss.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

In Pantow (T.-B.) feiert am 18. Oktober der Sparverein „Zukunft“ in Dahnas Festsaal (Inhaber Fennel), Kaiser-Wilhelm-Straße 29/31, sein Stiftungsfest.

Schöneberg. Ein Theaterabend findet am Donnerstag, den 16. Oktober, abends 8 1/2 Uhr beginnend, in der „Schloßbrauerei“, Hauptstraße 121, statt.

Friedrichsfelde. Morgen, Freitagabend, treffen sich die Parteigenossen zu einer wichtigen Parteiarbeit in den Zahlstellen.

Lichterfelde. In der am Freitagabend 7 Uhr in allen Bezirken stattfindenden Flugblattverteilung treffen sich die Genossen des 8a. Bezirks bei E. Richter, Schauffstraße 104.

Rudow. Am Sonntag, den 19. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Lokal von Palm: Generalversammlung des Wahlvereins.

Trebbin. Der Bildungsausschuss veranstaltet am Sonntag, den 18. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Gesellschaftshaus“ (Emil Schulze) eine öffentliche Versammlung.

Senzig, Lindow, Guffow und Volgenbrodt. Am Sonntag, den 19. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im Lokale zur Linde in Senzig, Fab. A. Winger: öffentliche Volks- und Sportler-Versammlung.

Bernau. Donnerstag, den 16. Oktober, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung bei Salzmann, Waidorfer Straße.

Alle diejenigen, die noch in diesem Jahre ihren Austritt aus der Landesliste erklären wollen, werden ersucht, ihre Adresse bis Sonntag, den 19. Oktober, an den Genossen Ernst Knoche, Ballstraße 2, abzugeben.

Berliner Nachrichten.

Adressenschreiben.

Hast Du schon mal Adressen geschrieben, verehrter Leser? Ja, gewiß, warum denn nicht? Damals, als unser Verein sein Stiftungsfest feierte, mußte ich als Schriftführer an sämtliche...

Hast Du schon mal hundert, nein tausend Adressen geschrieben? Hintereinander, ohne aufzuhören. Nun, dann weißt Du überhaupt nicht, was Adressenschreiben bedeutet.

Unter den vielen Arbeitslosen mögen manche noch ihre Mitmenschen mit einer klüfftigen, klaren Handschrift beneiden, die sie wenigstens — wie sie meinen — durch Adressenschreiben vor der äußersten Not schützt.

In den Sälen herrscht eine dumpfe, verzweifelte Arbeitswut. Raslos fliegt die Feder über die Umschläge, der Renan-Kommission wird keines Blickes gewürdigt.

den. Die Feder fliegt noch rascher über das Papier. Jetzt kommt der Aufsichtsbeamte, ein ehemaliger Adressenschreiber, und sieht Deine Arbeit durch. „Zu flüchtig. Sie müssen sich mehr Zeit nehmen“, heißt es. „Diese Adressen sind nicht korrekt und müssen noch einmal geschrieben werden.“

In den nächsten Tagen arbeitest Du wie ein Beseffener, aber nur durch besonders glückliche Umstände in der Zuteilung der Arbeit erzielst Du einmal 2 M. Tagesverdienst.

Die Löhne schwanken zwischen 2 M. und 4,50 M. pro 1000 Adressen, russische sollen sogar 6 M. das Tausend bringen. Aber, wer nicht noch nach der 8 1/2stündigen Arbeitszeit zu Hause weiter schreibt, dürfte trotz emsigen Fleißes kaum einen höheren Wochenlohn als 13 M. erreichen.

Man sollte nun meinen, das Adressenschreiben sei für die meisten nur eine Uebergangsstation, eine wenn auch noch so widerwillig benutzte Aushilfe in der größten Not.

Es gibt Veteranen unter den Adressenschreibern, Leute, die diese trostlose Arbeit zehn und noch mehr Jahre tun, und die als fester Stamm einen Tageslohn von 2,50 M. und sogar 3 M. erhalten. Aber diese interessieren nicht so sehr, sie scheinen sich abgefunden zu haben.

„Die Sozialistische Liedertafel New Yorks in Berlin.“ Aus New York erhalten wir folgende Zuschrift mit der Bitte um Abdruck:

„Gestatten Sie mir, das Eingeladene im „Vorwärts“ am 31. Juli, gezeichnet „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ heute zu beantworten, da ich während des Aufenthalts der New Yorker Sozialistischen Liedertafel in Deutschland (die erst am 26. September nach den Vereinigten Staaten zurückkehrte) als deren Reiseleiter ich fungierte, mich aus Höflichkeit und Anstandsgründen in eine Polemik nicht einlassen konnte.“

Zuförderst erlaube ich mir zu bemerken, daß ich von den Behauptungen, welche ich in der Rede am 28. Juli im Gewerkschaftshaus aufgestellt habe, auch nicht ein Wort zurückzunehmen habe. In den einzelnen Punkten selbst:

- 1. Ja wiederholte, daß ich mich vor zwei Jahren in der Compers-Versammlung zum Wort meldete. 2. Daß ich am Pöreltisch Platz nahm und mich als Vertreter der New Yorker Volkszeitung vorstellte ist Tatsache, und erfülle ich damit nur meine Pflicht. 3. Daß ich Compers als „Aronzeuge“ zumische, ist Tatsache; jedoch bestätigte ich nur seine Behauptung, daß jeder Einwanderer bei seiner Landung mindestens 25 Dollar (100 Mark) vorzuweisen habe. 4. Daß eine Diskussion stattfand, sofern man überhaupt von einer solchen reden kann, ist ja wahr, aber nicht zu vergessen, daß unangenehme Fragen, eben auch entsprechend behandelt wurden. 5. Daß ich erklärte „Man müsse Compers entgegenreten“, ist

eine Tatsache, weil dieser in gewohnter Weise die amerikanische Arbeiterbewegung in falsches Licht stellte und damit ist ja selbst von den Einsendern die Tatsache etabliert, daß ich mich über die irreführenden Ausführungen Compers einfach empörte.

Die Annahme einer Personenverwechslung ist unbegründet, da mein Name seit mehr als 30 Jahren hier in der sozialistischen Partei wohl bekannt ist. Kein Grund lag vor, weder zu fechten noch zu entkommen, denn an Freiheit, als im Ausbruch, habe ich meiner Meinung nach nie gelitten, als „mürrere Glossierung“ kam man hier nur die Tatsache aufzufassen, wenn in genannter Versammlung ein Wortführer und Sozialist sich unnötigerweise an die Rückschlüsse eines Compers hängt und diesen verteidigt.

Die vorher bemerkt, war es nicht meine Absicht, mich in Deutschland in eine Polemik einzulassen, und erkläre ich die Angelegenheit für mich hiermit für erledigt. Öffentlich wird es mir noch einmal vergönnt sein, Deutschland zu besuchen, um an Ort und Stelle jede weitere Klärung geben zu können.

Mit solidarischen Gruß A. Jablinowski.

Bauten auf dem Friedhof in Buch.

Die Stadt Berlin errichtet in Buch einen großen Friedhof, da der Friedrichsfelder Zentralfriedhof nur noch eine beschränkte Zahl von Leichen aufnehmen kann. Das Gelände in Buch ist über 300 Morgen groß, also etwa dreimal so groß, wie der Friedhof in Friedrichsfelde.

Auf unzulängliche Einrichtungen des zahnärztlichen Instituts der Landesversicherungsanstalt Berlin läßt ein Schreiben schließen, das dieser Tage eine Arbeiterin aus R e u d l i n auf ihren Antrag, ihr ein Gehilf zu bewilligen, erhalten hat.

Ein gräßlicher Unglücksfall ereignete sich gestern in der „Industria“-Werkwarenfabrik, Waldemarstr. 29. Der dort beschäftigte Dreher Krüger, Weidenweg, fiel mit dem linken Arm gegen einen auf der Drehbank sich schnell drehenden Grammophonrichter.

Die Arbeiterin in obiger Angelegenheit hat eine gesundheitliche Gefahr der Antragstellerin. Der Landesversicherungsanstalt Berlin müßte es möglich sein, Vorkehrungen zu treffen, daß sie den an sie gestellten Anforderungen in kürzerer Zeit genügen könnte.

Das Ende des Zirkus Busch?

Der „Konfekt“ verbreitet die Nachricht, daß mit Ende dieser Saison der Zirkus Busch aufhören wird, zu existieren. Tatsächlich hat Herr Busch bereits die ersten Schritte getan, um die Verträge mit den Behörden zu lösen.

Er beabsichtigt, wie die „Vossische Zeitung“ auf Anfrage berichtet, sich am 1. April ins Privatleben zurückzuziehen, wenn es ihm nicht gelingt, eine Immediatverfügung zu erlangen, welche die Lustbarkeitssteuer, von der die Zirkusbetriebe besonders schwer betroffen werden, herabsetzt.

Der Zirkus Busch hat sich in weiten Kreisen großen Zuspruchs erfreut, und kaum ein Fremder verließ Berlin, der nicht bei Busch war. Die Lustbarkeitssteuer ist sicher geeignet, einen erheblichen Einnahmehausfall herbeizuführen, da eine Abwanderung von besseren Plätzen auf billige Plätze herbeigeführt wird.

Wenn aber in letzter Zeit der Zirkus Busch leerer geworden ist, so muß doch offen gesagt werden, daß der Grund hierfür mehr in der in neuerer Zeit von der Direktion beliebigen Aufführung patriotischer Spelsteilsätze liegt.

Der Zirkus Busch hat sich in weiten Kreisen großen Zuspruchs erfreut, und kaum ein Fremder verließ Berlin, der nicht bei Busch war. Die Lustbarkeitssteuer ist sicher geeignet, einen erheblichen Einnahmehausfall herbeizuführen, da eine Abwanderung von besseren Plätzen auf billige Plätze herbeigeführt wird.

Theater.

Donnerstag, 16. Oktober 1913.

Anfang 6 Uhr. Cines Palast am Zoo. Varieté-Vorstellung. Montag 6 1/2 Uhr. Cines-Kollendorf-Theater. Varieté-Vorstellung. Dienstag 7 1/2 Uhr. Kgl. Schauspielhaus. Schwanen...

Schiller-Theater O. Theater. Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Stützen der Gesellschaft. Freitag, abends 8 Uhr: Am Tage des Gerichts.

Rose-Theater. Große Frankfurter Str. 132. Anfang 8 1/2 Uhr. Zum letzten Male: Die Schiffbrüchigen.

Deutsches Schauspielhaus

Lessing-Theater. Anfang 7 1/2 Uhr. Peer Gynt. Deutsches Künstlertheater. Sozietät. Nürnberg. am Zoo. Metropo-Theater. Abends 7 Uhr 55 präzise: Die Reise um die Erde in 40 Tagen.

Morgen in allen Lichtspielen. UT. Rudolf Schildkraut in einem Film von Felix Salten.

Palast am Zoo. Sieben 7 Sieben grosse Variété-Akte. Nollendorf-Theater. Cleopatra Die Herrin des Nils. Apollo-Theater. Sieben 7 Sieben grosse Variété-Akte.

Freie Volksbühne

Ordnersitzung. Sonnabend, den 18. Oktober, abends 8 1/2 Uhr. General-Versammlung am Freitag, den 24. Oktober, abends 8 1/2 Uhr.

Werbet Mitglieder! Ausstellungshalle am Zoo. Ausstellung Im Reich a. Hausfrau u. Mutter vom 16. Oktober bis 9. November 1913.

Zentralverband der Hausangestellten. Sonntag, den 19. Oktober, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 59/60. GOETHE-ABEND.

Vereingte Berliner Volksbühnen. Linsen-Theater. Donnerstags 8 1/2 Uhr: Die falsche Hohelt. Walhalla-Theater. Täglich 8 1/2 Uhr: Der Liebesonkel.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis. Sonntag, den 19. Oktober 1913, in den Pharusälen, Müllerstraße Nr. 142. Beethoven-Abend.

Beethoven-Abend. Sonntag, den 19. Oktober 1913, in den Pharusälen, Müllerstraße Nr. 142. Mitwirkende: Dr. Guttman (einleit. Vortrag), Dr. Leo Kestenberg (Klav.).

Café Leitmeyer. Eröffnung der Winter-Saison. Verstärktes Künstler-Ensemble. Das feinste Konzert-Café des Ostens!

URANIA. Taubenstraße 48/49. Donnerstag 8 Uhr. Mit dem „Imperator“ nach New York.

Zirkus Alb. Schumann. Heute Donnerstag, 16. Oktober. Anf. 7 1/2, Ende 11 Uhr. Große Novitäten-Vorstellung.

Trianon-Theater. Täglich abends 8 Uhr: Seine Geliebte.

UT. Lichtspiele. Reinkenendorferstrasse 14: Die Laune einer schönen Frau. Tragödie in 5 Akten.

Concordia - Festsäle. Inh. M. Wendt u. A. Schütze. 64 Andreas-Strasse 64.

gesündeste Der Kakao. ist wegen seiner die Gesundheit fördernden Eigenschaften, seines Wohlgeschmacks und hohen Nährwertes. Dr. And. Weil's Nahrungsmittel-Bananas-Kakao.

Land- und Bauparzellen für Bauparlamentarier schon mit 100 Mark Anzahlung. keine jährliche Teufelung...

